

Jens Metzdorf

## Zwischen den Zeiten

### 1920 – Ein Jahr der Unsicherheit und Transformation in Neuss (1)

»Der Jahreswechsel hat sich durchweg in ruhiger Form vollzogen, zum Feiern stand den meisten Bewohnern der Stadt ja auch wirklich nicht der Sinn. Nur hier und da kam eine Reihe junger Burschen und Mädchen in angeheitertem Zustand und lärmten, als ob sie wirklich für die schwere Zeit auch nicht das geringste Verständnis hätten. Dabei wurden Lieder gesungen, die in ihrer Unzweideutigkeit Jedem die Schamröte ins Gesicht treiben mußten. [...] Ganz vereinzelt fielen einige Schüsse, die dann hier und dort ein ›Prosit Neujahr‹ auslösten. Als erstes Geschenk hat uns Neujahr nun doch trockenes, frisches Wetter beschert, das uns von der drohenden Wassernot befreit. Auch dafür dürfen wir schon dankbar sein, vielleicht kommt das eine oder andere Gute, an das man gar nicht denkt, nach. Gott lebt noch, das ist die Hauptsache!«<sup>1</sup>

Mit gedämpfter Zuversicht und Gottvertrauen blickt der Redakteur der Neuß-Grevenbroicher Zeitung in der von belgischen Truppen besetzten rheinischen Stadt Neuss am Neujahrstag 1920 auf das



Blick auf Markt und Büchel mit Neusser Rathaus, 1920er Jahre (Stadtarchiv Neuss)

bevorstehende zweite Jahr nach Ende der Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs. Doch die Spuren von Krieg, Revolution und Demobilisierung sind auch in der 41.000 Einwohner zählenden Stadt noch zu frisch, als dass sich 1920 annähernd so etwas wie »Normalität« hätte einstellen können. 1920 ist – wie das Pandemiejahr 2020 – ein Krisenjahr im Ausnahmezustand. Formell findet der Krieg am 10. Januar 1920, wenige Tage nach dem Jahreswechsel, mit dem Inkrafttreten des im Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrags von Versailles zwar sein Ende. Jedoch haben die bereits 1918 begonnene Besetzung und die Regelungen des Vertrags bereits Ansatzpunkte für eine Destabilisierung und Radikalisierung der neuen Republik mit sich gebracht.

Väter, Söhne, Brüder, Ehemänner und Freunde sind im mörderischen Kriegsgeschehen gefallen, verwundet oder immer noch vermisst. Der Hunger ist gut ein Jahr nach Kriegsende noch immer steter Begleiter der Neusserinnen und Neusser, einige Lebensmittel sind weiterhin rationiert und der harte Winter verstärkt die verbreitete Not. Auf einer satirischen Postkarte formuliert ein Zeitgenosse unter der Fragestellung »Was ist eigentlich in Deutschland los?« die verbreitete Sicht auf die bittere Lage in prägnanten Punkten:

»Das Reich . . . . .	wehrlos
Die Steuern . . . . .	endlos [...]
Neunzig Prozent des Volkes . . . . .	mittellos [...]
Die Nächte . . . . .	schlaflos
Die Lage . . . . .	trostlos
Die Geschäftsleute . . . . .	mutlos [...]
Die Jugend . . . . .	taktlos
Heiratslustige . . . . .	wohnungslos [...]
Wucherer . . . . .	herzlos
Haß und Neid . . . . .	grenzenlos
Arbeitsuchende . . . . .	hilfflos [...]
Vergnügungssucht . . . . .	schrankenlos [...]
Gegenwart . . . . .	garnichtslos
Zukunft fast . . . . .	hoffnungslos« <sup>2</sup>

Auch die Hoffnung der Bevölkerung und der Neusser Stadtspitze, von der »drohenden Wassernot« befreit zu werden, soll sich nicht erfüllen, vielmehr steigt das Hochwasser des Rheins und versetzt die Stadt Mitte Januar in den Ausnahmezustand, der sinnbildlich für die vielen Unsicherheiten des Jahres 1920 steht. In Neuss wie in ganz Deutschland werden sich auch im weiteren Verlauf dieses außer-



»Was ist eigentlich in Deutschland los??«, Zeitkritische Postkarte, um 1920 (Stadtarchiv Neuss)

gewöhnlichen Jahres das Herannahen gefährlicher Lagen, Krisensituationen und die befreite Erleichterung über einen Rückgang bedrohlicher Elemente stetig abwechseln. In dieser Hinsicht liegt ein Vergleich zum Auf und Ab im Ausnahmejahr der Corona-Pandemie 2020 nahe, dessen Folgen für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft heute noch nicht absehbar sind.

1920 erwies sich für Zeitgenossen und Historiker schließlich als »ein Jahr zwischen den Zeiten«. <sup>3</sup> Schlaglichtartig offenbart es sowohl revolutionäre und rückwärtsgewandte Haltungen sowie die Destabilisierung der Republik, als auch viele Prozesse der zukunftsweisenden Reform und Transformation der Gesellschaft – von Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Sozialstaat bis zur Kultur.

### Hochwasser

Am 15. Januar 1920 steht der Publizist und Kunstmäzen Harry Graf Kessler auf dem Turm des Baseler Münsters und blickt sinnierend auf

»das deutsche Land ringsum; so tief deutsch und doch nicht staatlich verbunden. [...] ein geistiger Kontinent, hundert Länder und Ländchen umfassend. [...] Daher nie als Einheit von aussen anerkannt. Und doch so tief wie eine Eiche mit zahllosen Zweigen u. Ästchen.«

Die im Versailler Vertrag festgeschriebene Abtrennung des linksrheinischen Elsass vom Staatsgebiet empfindet er wie die meisten Deutschen als Unrecht, das man langfristig nicht anerkennen will:

»Und dazwischen der Rhein, die lebendige, wilde, störrische Seele Deutschlands.«<sup>4</sup>

Während sich dem weitgereisten Diplomaten an diesem Tag beim Anblick des Stroms inmitten der deutschen Territorien aber vor allem positive Assoziationen von der Unbeugsamkeit der Deutschen einstellen, haben weiter nördlich die Neusser am selben Tag im Januar 1920 beim Blick auf den Rhein ganz andere, sehr reelle Sorgen. Denn vor den Toren der Quirinusstadt zeigt der Rhein seine »störrische Seele« in Form eines der folgenreichsten Hochwasser in der Geschichte der Stadt Neuss. Die Hoffnung des Neujahrstages, vom Schlimmsten verschont zu bleiben, ist spätestens Mitte Januar dahin. In Köln liegt der Pegel am 14. Januar bei 8,64 Meter und in Düsseldorf ist er innerhalb eines Tages um fast zwei Meter auf 7,20 Meter gestiegen.

Der starke Anstieg zu Jahresbeginn hat sich zwar ein wenig verlangsamt, aber die Tendenz geht weiter nach oben und der Druck auf die durchweichten Deiche steigt. Für den Hessentorpegel unterhalb des Neusser Marktes meldet die Neuß-Grevenbroicher Zeitung am 15. Januar »26 Fuß, 9 Zoll« und prophezeit:

»Mit weiterem Steigen wird noch zu rechnen sein, da von der Mosel ebenfalls heute morgen noch starkes Steigen gemeldet wird. Die Selikumerstraße ist überschwemmt, der Verkehr mit den Anwohnern muss durch Nachen aufrecht erhalten werden. Auch die Kölnerstraße steht zum Teil unter Wasser. Zum erstenmal seit Bestehen der neuen Hafenanlagen ist auch das hochgelegte Werft [das angeschüttete Areal für die Industrieanlagen] überflutet.«<sup>5</sup>

Oberbürgermeister Franz Gielen macht die Bevölkerung auf die »Gefahr einer Hochwasserkatastrophe« aufmerksam und fordert dazu auf, »unverzüglich« tiefer gelegene Lager und Keller zu räumen. Die Gleise der Ring- und Hafenbahn sind bereits überflutet, Fässer schwimmen im Wasser und die angesichts der desolaten Ernährungslage so wichtigen Kartoffelvorräte im vom Wasser eingeschlossenen städtischen Viehhof am Hessentor (heute: Am Zollhafen) scheinen bedroht.<sup>6</sup>

Am Ende der Oberstraße bietet sich den Neussern schon am 15. Januar ein außerordentliches Bild, denn das Wasser steht bereits bis ans Obertor heran. Das Tor ist nicht mehr passierbar und auch die Straßenbahn stellt ihren Dienst ein. Zur Schokoladenfabrik Feldhaus kommt man nur auf dem Umweg über die Nordkanalallee. Am Ende des Tages wird sich die Lage jedoch noch weiter zuspitzen.

»In der sechsten Stunde [...] kam die Nachricht: Der Scheibendamm ist gebrochen! Laut rauschend stürzte das Wasser, das vom Rhein her bei Grimlinghausen eingedrungen war, durch die Bresche und verwandelte die Felder und Wiesen [des Hammfelds] in wenigen Minuten in einen See.«<sup>7</sup>

Der hohe Wasserdruck des Rheins am Prallhang nördlich von Grimlinghausen führt dazu, dass das Wasser von dort durch den alten »Napoleonhafen« (heute: Sporthafen) in das damals noch offen liegende Bett des alten Nordkanals eindringt und nach Nordwesten in Richtung Stadt strömt. In Höhe der Ringofenziegelei von Heinrich

Jahrhundert-Hochwasser  
in Neuss, Januar 1920

li. oben: Provisorische  
Hauszugänge in der  
Selikumer Straße

re. oben: Kahn der  
Freiwilligen Feuerwehr  
Neuss vor der Ölmühle  
Kallen am Obertor,  
Foto: Heinrich Kleu

li. unten: Schaulustige  
unterhalb der Brückstraße  
blicken auf den überflute-  
ten Erfkanal (Verlängerung  
des Hafenbeckens I)

re. unten: Blick von Osten  
über den überfluteten Erf-  
kanal, v.li.n.re.: Obertor,  
Rückfront Oberstraße 3–13,  
Kerzenfabrik Overbeck  
(heute: Stadtarchiv),  
Oberstraße 15, Wasserturm,  
Foto: Peter Gilges  
(Stadtarchiv Neuss)





li.: Durchbruchstelle  
am Scheibendamm,  
Blick in Richtung Süden  
(li.: das Hammfeld,  
re.: Nordkanal), Foto: Peter  
Gilges, Januar 1920

re.: Blick vom  
Quirinuskloster über  
den Hafen und das  
Hammfeld bis zum Rhein,  
17. Januar 1920  
(Stadtarchiv Neuss)

Sels ist der offene Nordkanal durch Anschüttungen allerdings unterbrochen, so dass sich das Wasser einen anderen Weg suchen muss. Diesen findet es an der östlichen Seite, wo sich ein kleiner Durchlass durch den parallel zum Kanal verlaufenden Scheibendamm befindet. Diesen hat die Ringofenziegelei angelegt, um durch die Öffnung Karren mit Lehm aus dem Hammfeld in die Ziegelei westlich des Dammes zu transportieren. Die Wassermassen drängen nun mit aller Gewalt durch diesen ersten sich bietenden kleinen Weg und brechen dabei eine große Bresche in den »Nordkanaldamm«.

Diesem »Dammbruch«<sup>8</sup> folgt innerhalb kürzester Zeit die vollständige Überschwemmung des Hammfelds einschließlich der Rennbahn bis zur Eisenbahnlinie Neuss-Düsseldorf – kurioserweise nicht aus Richtung des östlich fließenden Stroms, sondern eben aus Südwesten durch das bei Grimlinghausen in den alten Nordkanal eingedrungene Wasser. Die Bewohner des Hammfeldes, wo es neben dem Zweigwerk der »Chemischen Werke Albert« vor allem landwirtschaftliche Betriebe gibt, werden vom Hochwasser völlig überrascht und müssen ohne jedwedes Hab und Gut vor der Flut flüchten. Es handelt sich immerhin um ca. 70 Familien mit knapp 300 Menschen und ihren Tieren, von denen einige Kühe, Ziegen und Hühner ertrinken.

In vielen Fällen ist es vor allem dem Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr Neuss zu verdanken, dass die von der Flut im Hammfeld eingeschlossenen Menschen mit bereitstehenden oder eilig von Schiffern im Hafen beschafften Holzkähnen auf teils lebensgefährliche Weise in Sicherheit gebracht werden können und es keine Toten zu beklagen gibt.<sup>9</sup> In der Dunkelheit der kalten Januarnacht spielen sich dramati-

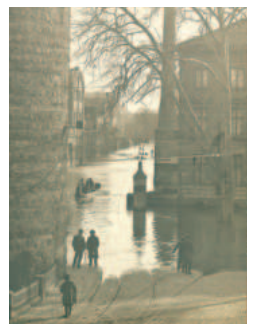
sche Szenen ab: Menschen haben sich mit ihren Tieren auf die Dächer ihrer Häuser gerettet, halten sich nur noch mühsam an Dachrinnen fest oder werden aus dem eiskalten Wasser geborgen. Keinerlei Hinweise finden sich in den Quellen, dass Einheiten der belgischen Besatzungstruppen – immerhin gut 2.000 Mann – die Feuerwehr bei ihrem Rettungseinsatz personell oder technisch unterstützt hätten.

Die Dringlichkeit der Lage erlaubt es Oberbürgermeister Gielen, am nächsten Morgen ohne die übliche Frist von zwei Tagen unverzüglich die Stadtverordneten zu einer Sondersitzung für 12 Uhr zusammen zu rufen. Dort erfahren die Anwesenden im Bericht zur Lage, dass »rechtzeitig zur Rettung der Bewohner des Hammfeldes geschritten worden« war und für »die Unterhaltung und Ernährung der [...] geflüchteten Bürger [...] gesorgt« sei. Der Oberdeichinspektor hat die Situation bereits in Augenschein genommen. Die Sperrung des Leitdeiches und der Hessentorbrücke werden angeordnet. Das Tiefbauamt richtet eine ständige, durch die Rathauswache erreichbare Nachtwache ein. Zum Schutz des Eigentums der geflüchteten Personen ermächtigt die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung, »alle erforderlichen Maßnahmen« zu treffen. Außerdem werden sofort Telegramme an die Staatsregierung in Berlin und an den Oberpräsidenten in Koblenz veranlasst, in denen auf »die beklagenswerten Hochwasserschäden hingewiesen« und um umgehende staatliche Hilfe gebeten wird.<sup>10</sup> Die Stadtverordneten ermächtigen die Verwaltung, bei der Landesbank in Düsseldorf sofort eine Million Mark als vorübergehendes Darlehen zum Zinssatz von 4 ½ Prozent Zinsen aufzunehmen.

Während die meisten aus dem Hammfeld geflüchteten Familien bei Verwandten in der Stadt ein Obdach erhalten, kümmert sich das städtische Wohlfahrtsamt in den nächsten Tagen um die Unterbringung und Versorgung von zirka 20 Familien mit 100 Personen. Außerdem gibt es vielfältige spontane Unterstützung: »Durch Hilfe aus der Bürgerschaft und vor allen Dingen aus den klösterlichen Anstalten war nach wenigen Tagen die größte Not beseitigt.«<sup>11</sup> Auch die Wetterlage beruhigt sich in den folgenden Tagen, die Niederschläge lassen nach, das Wasser geht zurück bzw. versickert. Für die zahlreichen Hochwasser-Schaulustigen öffnet die Stadt das Obertor und ermuntert die Amateurphotographen, nicht »zu verfehlen«, von dort »einige markante Überschwemmungsbilder aufzunehmen« und diese dann dem Archiv »als historisches Dokument zu überlassen«<sup>12</sup>. Beim



Oberbürgermeister Franz Gielen (1867–1947), um 1913 (Stadtarchiv Neuss)



Obertor und Kölner Straße während des Hochwassers, Januar 1920 (Stadtarchiv Neuss)

Blick vom Quirinusmünster  
über die Rennbahn und  
das überflutete Hammfeld,  
17. Januar 1920  
(Stadtarchiv Neuss)



Abstieg vom Turm wird eine Spende für die Geschädigten erbeten. Auch zahlreiche Neusser Vereine sammeln im Januar für die Menschen aus dem Hammfeld, die durch das Hochwasser schwere materielle Verluste zu kompensieren haben.

Im Februar veranlassen die Stadtverordneten die notwendig gewordenen Maßnahmen zur Beseitigung der eingetretenen Schäden an der Infrastruktur: In der Sitzung vom 10. Februar 1920 beschließt man für die Wiederherstellung des durchbrochenen Hochwasserdammes am Nordkanal 255.000 Mark, für die des »Ringbahndammes nach dem Floßhafen einschließlich des Weges an der Eisenbahnunterführung« 430.000 Mark, für die beschädigten Ringbahnanlagen, Pflasterungen sowie die »Aufgleisung« von abgestürzten Ringbahnwagen und ihre Ausbesserung 60.000 Mark und schließlich für die Wiederherstellung der beschädigten Straßen, Wege, Kanäle usw. in der Stadt weitere 40.000 Mark. Die bereitgestellten Mittel sollen allerdings durchweg »beim Reich zur Erstattung als Hochwasserschäden angemeldet werden«.<sup>13</sup>

### **Belgische Besetzung und Frieden von Versailles**

Ihre Hoffnung auf Unterstützung setzen die Neusser auf Berlin, doch die Regierung des Reiches ist 1920 ferner denn je. Schließlich steht Neuss seit Dezember 1918 unter belgischer Besetzung, deren

Armee handelt auf Weisung aus Brüssel und die Zivilverwaltung der Besatzung des Rheinlands hat ihren Sitz in Koblenz. Am 11. November 1918 sind die Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges beendet worden. Das Deutsche Reich hat mit den Westmächten Frankreich und Großbritannien in Compiègne ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Die Vertragsbedingungen sehen den Rückzug der deutschen Truppen aus allen besetzten Gebieten vor. Die linksrheinischen Gebiete des Deutschen Reiches sowie ein zehn Kilometer breiter Streifen auf dem rechten Rheinufer sind zu räumen und zu entmilitarisieren. Dieses Gebiet haben im Anschluss die Entente-Mächte besetzt. Auch die Belgier sind mit der Besatzung des linksrheinischen Nordens der Rheinprovinz von Aachen bis zum Rhein beteiligt, vor allem, um ihre Sicherheitsinteressen zu wahren und die Zahlung der für den Wiederaufbau dringend benötigten Reparationen sicherzustellen.<sup>14</sup>

Mit dem Abschluss des Versailler Vertrages im Juni 1919 hat die Besatzung eine völkerrechtliche Basis erhalten.<sup>15</sup> Das im Vertrag bestätigte Rheinlandabkommen vom 28. Juni 1919 hat als Spitze der Besatzungsverwaltung am Rhein eine »Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans« (»Interalliiertes Hoher Ausschuss für die Rheinlande«, kurz: »Rheinlandkommission«) geschaffen, während die Reichsregierung in Berlin einen Reichskommissar für die besetzten Gebiete ernannt.<sup>16</sup> Die Rheinlandkommission, die ihre Arbeit mit

li.: Paul Tirard, Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission (li.), und Marschall Adolphe Guillaumat, Oberkommandierender der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland, 1925 (Bundesarchiv, BA\_Bild\_102-01626A)

re.: Die erste Etage des repräsentativen Hauses der Witwe Sels (Schwannstraße 2 Ecke Krefelder Straße) war seit 1920 der Amtssitz und zugleich die Wohnung des belgischen Kreisdelegierten de Jaegher (Stadtarchiv Neuss)

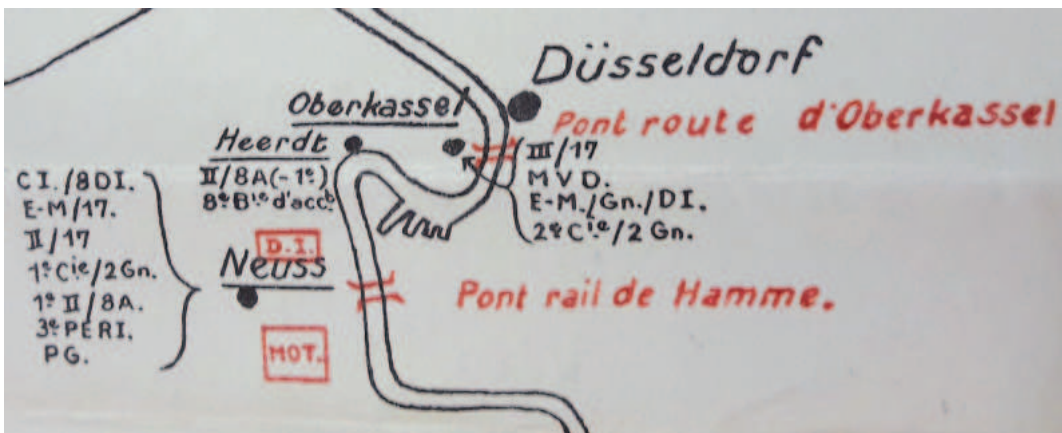


Sitz in Koblenz am 10. Januar 1920 aufnimmt, lässt die Strukturen der rheinischen Zivilverwaltung – so auch die Neusser Stadt- und Kreisverwaltung – bestehen, kontrolliert sie jedoch durch zahlreiche Abgeordnete und die durch die Kommission ernannten zivilen Delegierten. Diese sollen die Bestimmungen der Kommission auf kommunaler Ebene durchsetzen, die Verwaltungszensur übernehmen sowie zwischen deutscher Zivilverwaltung und militärischen Besatzungsbehörden vermitteln. So teilt der Regierungspräsident in Düsseldorf der Stadt Neuss am 25. März 1920 mit:

»Aber die Hohe Kommission hat im Interesse der Bevölkerungen die Macht, ständige Vertreter zu unterhalten, die damit beauftragt sind, die Verbindung zwischen den deutschen örtlichen Verwaltungen, den örtlichen Militärbehörden und der Hohen Kommission selbst herzustellen.«<sup>17</sup>

Diese wichtige Aufgabe übernehmen in Neuss die Kreisdelegierten von Stadt- und Landkreis Neuss, Oberkassel und der Benrather Zone, de Spaa und de Jaegher, die damit die Arbeit der vorherigen »Contrôle de l'administration Civile du Cercle de Neuss« fortsetzen und die ihren Sitz zuerst in der Kanalstraße 2, dann im Haus Anderheyden-Sels an der Krefelder Straße / Ecke Schwannstraße haben.<sup>18</sup> Die Stadtverwaltung hat dem Kreisdelegierten regelmäßig Mitteilungen über Termine und Programmpunkte der Stadtverordnetenversammlung sowie die Neubesetzung der Beigeordnetenstellen zu machen.

Karte der belgischen Besatzungszone (Ausschnitt) mit den in Neuss stationierten Militäreinheiten, 2. März 1921 (Königliches Armeemuseum Brüssel)





Belgische Besatzungs-  
soldaten posieren für  
ein Foto in der Brückstraße,  
um 1920  
(Stadtarchiv Neuss)

Bemerkenswert ist, dass aber weder militärische noch zivile Mitglieder der belgischen Besatzung an den Neusser Ratssitzungen teilnehmen. Während die Bevölkerung das Vorgehen des belgischen Militärs oft als willkürlich empfindet, nimmt sie die Arbeit der zivilen Kreisdelegierten insgesamt eher als Erleichterung wahr. So teilt der »Controleur Administratif de Neuss«, Monsieur Clayes, dem Oberbürgermeister am 16. Januar 1920 mit, dass er »in Folge des Befehls der oberen Behörden« »als provisorischer Delegierter die Geschäfte des hohen interalliierten Ausschusses der Rheinlande mit Bezug auf Stadt, Land, Kreis Neuss, Oberkassel und Benrather Zone« übernommen habe. Und noch am selben Tag verkündet dieser, dass ab Montag, dem 19. Januar, die bis dahin bestehende Zensur der Verwaltung »in Fortfall kommt«.<sup>19</sup>

Gleichwohl bleibt die belgische Besatzung 1920 für die Bevölkerung mit Einschränkungen verbunden. Das Leben in der Stadt ist durch den Einmarsch der belgischen Truppen im Dezember 1918 schlagartig verändert worden. Gegenseitiges Misstrauen bestimmt anfangs das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten. So geht den Besatzungsbehörden 1920 auch das karnevalistische Treiben der Rheinländer ein wenig zu weit. Am 12. Februar 1920 übermittelt der Neusser Oberstkommandant Kerkhof der Stadt die eilige Anordnung, »sofort zu veranlassen«, dass die diesbezügliche Bekanntmachung des Generalleutnant Kommandanten der 4. Besatzungszone der Rheinlande, Michel, in allen »Neusser Blättern« veröffentlicht werden möge. Darin heißt es:



li.: Belgische Offiziere  
im Haus der Familie  
Heinrich Pelzer,  
Königstraße 60, um 1920  
(Privatbesitz)



re.: Die 1920 fertig  
gestellten Holzbaracken  
der belgischen Kaserne am  
Berghäuschensweg,  
Postkarte, 1920  
(Stadtarchiv Neuss)

»Maskeraden, das Tragen von Masken und Verkleidungen in den Strassen und öffentlichen Lokalen sind anlässlich des bevorstehenden Karnevals in der 4. Besatzungszone verboten. Zuwiderhandlungen werden gerichtlich verfolgt.«<sup>20</sup>

Neben Einschränkungen der Bewegungsfreiheit innerhalb der Stadt sowie von Handel und Verkehr mit den rechtsrheinischen, unbesetzten Gebieten sind gerade im ersten Jahr der Besetzung die Unterbringung und Versorgung der belgischen Truppen die zentrale Herausforderung für die Neusser Verwaltung und ihre Bürger. Neuss ist Hauptquartier des Bezirkskommandos für den Bereich Neuss-Oberkassel-Mönchengladbach-Rheydt. Die Neusser Besatzungstruppen werden durch verschiedene militärische Einheiten gestellt und regelmäßig ausgetauscht. Gleich nach dem Einmarsch müssen 3.000 belgische Soldaten – Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere – in einer mittelgroßen Stadt (40.000 Einwohner) einquartiert werden, die über keine Kasernen verfügt. Seit dem späten 19. Jahrhundert und dem industriellen Aufschwung vor dem Weltkrieg gibt es ohnehin in der Arbeiterstadt große Wohnungsnot. Die Einquartierungen der Belgier in Privatquartiere und Schulen belasten nun allerdings auch das gut situierte Bürgertum, behindern das schulische Leben und verschärfen die Spannungen zwischen den Neussern und den Besatzern.<sup>21</sup> Verständigungsprobleme gibt es vor allem mit den Offizieren, die in der Mehrzahl aus der Französisch sprechenden Wallonie stammen, während Unteroffiziere und Mannschaften zum überwiegenden Teil aus Flandern stammen und sich mit der Bevölkerung in der Regel gut vertragen.

Neben den Sälen aller Gaststätten wurden vorübergehend auch das Gymnasium an der Breite Straße und alle Volksschulen beschlagnahmt. Der Schulunterricht erfolgt daher teilweise in Wirtschaften. Die besten Zimmer in 300 Privatwohnungen bzw. bürgerlichen Häusern sind beschlagnahmt, um hier belgische Offiziere, Beamte und viele Unteroffiziere unterzubringen. Die einfachen Truppen dagegen beziehen zunächst notdürftige Lager in den Klassenräumen und Sälen. Die Gesellschaft Erholung an der Oberstraße dient eine Zeitlang als Offiziersmesse, die Räume der Bürgergesellschaft an der Niederstraße als Kino. Eine erste Erleichterung bei der Unterbringung der Belgier tritt dann im Oktober 1920 ein, als das am Berghäuschengeweg neu errichtete Barackenlager für die einfachen Soldaten errichtet ist. Auf der Neusser Furth wird an der Steinhausstraße eine Siedlung mit Holzhäusern für Unteroffiziere errichtet, die im Volksmund den Namen »Bananendorf« erhält. Die neuen Offizierswohnungen an Schorlemer- und Deutsche Straße werden erst 1922 bezugsfertig.<sup>22</sup>

Auf dem Neusser Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden im besetzten Rheinland ist seit dem Einmarsch im Dezember 1918 die belgische Fahne gehisst. Dies ist vielen Deutschen ein Dorn im Auge. Am 20. Mai 1920 richtet der Regierungspräsident in Düsseldorf an die Landräte und Oberbürgermeister des besetzten Gebietes die Anfrage, ob die Besatzungsbehörden auch nach Eintritt des Friedenszustandes im Januar auf deutschen Amtsgebäuden – ausgenommen Kasernen – ihre Landesfarben hissen und mit welchem Empfinden dies von der Bevölkerung aufgenommen wird. Die Antwort des Neusser Oberbürgermeisters Gielen ist eindeutig:

li.: Blick auf den Neusser Markt und das Rathaus mit belgischem Wachposten und belgischer Fahne, von einem Besatzungssoldaten nach Brüssel versandte Postkarte, 1920 (Stadtarchiv Neuss)

re.: Die belgische Kommandantur in der alten Münsterschule (heute: Damenstiftsplatz), Postkarte, 1920 (Stadtarchiv Neuss)



»Auf dem Rathause und dem Hauptzollamtsgebäude wird seitens der belg. Besatzungsbehörde ihre Landesfahne gehisst. Die Bürgerschaft ist ungehalten darüber, daß auch nach der Ratifizierung des Friedensvertrages die Fahnen noch an öffentlichen Gebäuden gehisst werden und fasst dies als eine Demütigung des deutschen Volkes auf.«<sup>23</sup>



Das belgische Polizeigericht tagte im Amtsgericht an der Breite Straße, Postkarte, 1920er Jahre (Stadtarchiv Neuss)

Die Konflikte zwischen Bevölkerung und belgischer Besatzung in den ersten Besatzungsjahren spiegeln sich in den Verurteilungen von Bürgern durch das belgische Polizeigericht. Zahlreiche Strafen werden im ersten Jahr der Besatzung vor allem wegen Schmuggels oder Überschreitens der Sperrstunden verhängt. Ein großer Anteil entfällt allerdings auch auf jene Vergehen, bei denen die Neusser aus Sicht der Belgier den Respekt gegenüber den Vertretern der Besatzung vermissen lassen – Beschimpfungen aussprechen oder das Grüßen der Fahne verweigern, das auch bei vorbei marschierenden Soldaten verpflichtend war.<sup>24</sup> Auch kommt es 1919 zu kleineren Handgreiflichkeiten und einmal sogar zum Abfeuern von Schüssen auf den Sitz des Kreisdelegierten. Im Verlauf des Jahres 1920 beruhigt sich die Lage jedoch weitgehend, das Zusammenleben spielt sich weitgehend ein, Vergehen und Strafen gehen deutlich zurück.<sup>25</sup>

### Politik, Putsch und Parteien

Mit Kriegsende und Novemberrevolution sind in ganz Deutschland neue politische Zeiten angebrochen. Doch auch nach der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung im Januar 1919 hält das Ringen zwischen restaurativen, demokratischen und revolutionären Kräften um die künftige politische Ordnung an.<sup>26</sup> Die Verhandlungen über die neue Reichsverfassung begleiten Aufstandsversuche von links und der sich formierende Widerstand gegen Demokratie und »Versailler Vertrag« von rechts. Die »Geburtswehen der Republikgründung«<sup>27</sup> dauern jedoch bis weit in das Jahr 1920.

Zur ersten vom Rat der Volksbeauftragten beschlossenen gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahl wird die Neusser Bevölkerung bei der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 aufgerufen, unmittelbar gefolgt von der Wahl zum preußischen Landtag am 26. Januar 1919.<sup>28</sup> Neu an den Wahlen sind das Wahlrecht für Frauen und Soldaten, das aktive Mindestwahlalter von 20 (statt bisher 25) Jahren und das deutschlandweite Verhältnis-

wahlssystem (statt des bisherigen Mehrheitswahlsystems). Die erste Wahl zur Stadtverordnetenversammlung findet mit Genehmigung der Besatzungsbehörden am 30. November 1919 statt. Auf 1.000 Einwohner wird ein/e Stadtverordnete/r gewählt, so dass 1920 insgesamt 42 Stadtverordnete im Rat über die Geschicke der Stadt entscheiden. Mit 20 Abgeordneten (46,5 Prozent) stellt das Zentrum die stärkste Fraktion, gefolgt von der SPD mit 8 Stadtverordneten (18,4 Prozent), der USPD mit 6 (14,6 Prozent), der DDP mit 4 (9,5 Prozent), der DVP mit 2 (5,4 Prozent) und der Partei der Kriegsbeschädigten ebenfalls mit 2 Stadtverordneten (5,1 Prozent).<sup>29</sup>

Im Gegensatz zu Neuss und dem besetzten Rheinland beginnt das Jahr 1920 in der deutschen Hauptstadt mit einer Fortsetzung der aus Kriegserfahrung und Revolution erwachsenen Gewalt. Für die junge Republik setzt eine »krisenhafte Phase« ein, die »innenpolitisch von den Hypotheken der Revolution bestimmt war und in der gleichzeitig die ungelösten Probleme der Friedenskonferenz mit großer Wucht zurückkehrten«.<sup>30</sup> In Berlin kommt es nach Aufrufen der USPD und der KPD am 13. Januar 1920 zu einer Massendemonstration gegen die von der Regierungskoalition geplante Verabschiedung des neuen Betriebsrätegesetzes durch den Reichstag. Unter »Betriebsräten« werden jene in der Novemberrevolution auf Betriebsebene gebildeten Räte als politisch dominierende Organisationsform verstanden, die



Gut 100.000 Menschen demonstrieren am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag für die sozialistische »Räteorganisation« und das betriebliche Mitbestimmungsrecht (aus: Gegenblende. Debattemagazin, Januar 2020 / Archiv des DGB)

auch auf anderen gesellschaftlichen und politischen Ebenen entstanden sind. Wie der in Neuss 1918 gebildete Arbeiter- und Soldatenrat haben sich die meisten der Räte für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit eingesetzt und nach den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung an Bedeutung verloren.<sup>31</sup>

Das Gesetz des Jahres 1920 soll ihre Neubildung und gesellschaftliche Funktion regeln. Eine Minderheit der Betriebsräte, die in Berlin zur Demonstration aufgerufen haben, wollen jedoch nicht die Begleitung des Übergangs zur Demokratie, sondern eine sozialistische bzw. kommunistische Revolution. Es gelingt ihnen, über 100.000 Menschen zu mobilisieren. Die Lage eskaliert, als ein Teil der Menge aus der Bannmeile in den Reichstag eindringen will und die preußische Sicherheitspolizei wahllos in die Menge schießt – 42 Menschen sterben im Kugelhagel, weitere 105 werden verwundet. Als im Oktober 1920 unter der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) der erste Kongress der gewerkschaftlichen Betriebsräte abgehalten wird, spricht sich allerdings eine Mehrheit gegen die KPD-Forderung aus, die Betriebsräte in Fortsetzung des revolutionären Geschehens zu selbstständigen Kampforganisationen auszubauen. Die Betriebsräte sollen künftig den Gewerkschaften untergeordnet werden.<sup>32</sup>



Harry Graf Kessler  
(1868–1937), Kunstmäzen,  
Publizist und Diplomat,  
um 1920  
(Harry-Graf-Kessler-  
Gesellschaft e.V., Berlin)

»Heute ist der Friede in Paris ratifiziert worden, der Krieg ist zu Ende«, vermerkt Harry Graf Kessler drei Tage vor der Großdemonstration, am Samstag, dem 10. Januar 1920, in Berlin in seinem Tagebuch und ergänzt weitsichtig:

»Eine furchtbare Zeit beginnt für Europa, eine Vorgewitterschwüle, die in einer wahrscheinlich noch furchtbareren Explosion als der Weltkrieg enden wird. Bei uns sind alle Anzeichen für ein fortgesetztes Anwachsen des Nationalismus.«<sup>33</sup>

Tatsächlich sollen sich auf der den Kommunisten entgegen gesetzten Seite des politischen Spektrums noch 1920 die Befürchtungen des Demokraten hinsichtlich eines wieder zunehmenden Nationalismus und Erstarkens der Rechtsparteien bewahrheiten. Seit Herbst 1919 ist in ganz Deutschland eine – von städtischer und akademischer Elite getragene – bedrohlich anwachsende »Welle von rechts« (Ernst Troeltsch) zu verzeichnen.<sup>34</sup> Im Mittelpunkt stehen eine radikale Kritik am Vertrag von Versailles, an der Abrüstung der Reichswehr



Die Marinebrigade Erhardt bei der Besetzung Berlins, Unter den Linden, während des Kapp-Lüttwitz-Putsches, März 1920 (li.: Bundesarchiv, Bild 119-1983-0007)

(re.: Bundesarchiv, Bild 183-J0305-0600-003)

und dem demokratischen System der Weimarer Republik im Ganzen. Die Kritik am »Diktat« von Versailles richtet sich gegen die objektiven Härten und Belastungen, vor allem aber gegen die als nationale Demütigung empfundenen »Strafbestimmungen«, wie den Kriegsschuldparagraphen, und wird »oft mit äußerster Maßlosigkeit artikuliert.«<sup>35</sup> In der Publizistik der politischen Rechten verknüpfen sich die »Agitation gegen den ›Schmachfrieden‹ mit der Propagierung der ›Dolchstoß-Legende.«<sup>36</sup> Als am 16. Januar in München der Mörder des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) vor Gericht steht und zum Tode verurteilt wird, gibt es antisemitische Demonstrationen an der Universität und die neue Regierung begnadigt den verurteilten Graf von Arco. Am 24. Februar 1920 verkündet ebenfalls in München Adolf Hitler vor 2.000 Menschen im Hofbräuhaus das radikale Parteiprogramm der Deutschen Arbeiterpartei (DAP), die in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umbenannt wird.<sup>37</sup> Mit Genugtuung wird von rechten Kreisen aufgenommen, dass die niederländische Regierung am 22. Januar 1920 die Auslieferung des Ex-Kaisers Wilhelm II. an die alliierten Siegermächte ablehnt.

Im Visier der Rechten steht insbesondere der Zentrumsabgeordnete und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, der als Leiter der deutschen Waffenstillstandsdelegation zu den ersten Befürwortern der Unterzeichnung des Friedensvertrages zählt. Als der DNVP-Abgeordnete Karl Helfferich ihm »unsaubere Vermischung politischer Tätigkeit und privater finanzieller Interessen« vorwirft, wehrt sich Erzberger mit einem Beleidigungsprozess, dessen Urteil jedoch Teile der Anschuldigungen der Rechten bestätigt und nur zu einer niedrigen Geldstrafe Helfferichs führt. Nur einen Tag nach diesem von der Rech-

ten als Triumph gefeierten Urteil kommt es am 13. März 1920 zu einem Umsturzversuch militanter Rechter.<sup>38</sup>



Wolfgang Kapp (1858–1922), einer der Initiatoren des nach ihm benannten Putschversuchs (aus: Ludwig Schemann, Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920, München 1937)

Der sogenannte Kapp(-Lüttwitz)-Putsch stützt sich auf rechts-extreme Kreise um General Ludendorff und den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor und Mitbegründer der Vaterlandspartei, Wolfgang Kapp.<sup>39</sup> Der Verschwörerkreis kämpft insbesondere gegen die im Versailler Vertrag vorgeschriebene Reduzierung des Heeres, durch die sich gerade Freikorps-Soldaten in ihrer Existenz bedroht sehen.<sup>40</sup> Als die Regierung im März 1920 schließlich die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt verfügt, schlagen die Verschwörer los. General Walther Freiherr von Lüttwitz, der als »Vater der Freikorps« gilt und dem seit 1919 unter anderem alle Truppen östlich der Elbe unterstehen, hat schon am 10. März einen Verzicht auf weitere Truppenreduzierung und den Rücktritt von Reichspräsident Friedrich Ebert gefordert. Am 13. März besetzt der General an der Spitze der Brigade Ehrhardt das Regierungsviertel in Berlin. Der DNVP-Reichstagsabgeordnete Kapp wird zum neuen Reichskanzler und Lüttwitz zum Reichswehrminister ausgerufen. Da der Chef des Truppenamts, Hans von Seeckt, einen Truppeneinsatz gegen die Aufständischen für unmöglich hält und auch Verteidigungsminister Gustav Noske nur unzulängliche Maßnahmen gegen die Putschisten ergreift, muss die demokratisch gewählte Regierung nach Dresden und weiter nach Stuttgart fliehen. Noske wird später wegen »Begünstigung der Konterrevolution« zum Rücktritt als Reichswehrminister gezwungen.<sup>41</sup>



General Walther von Lüttwitz (1859–1942) (li.) und SPD-Reichswehrminister Gustav Noske (1868–1946), 1920 (Bundesarchiv, Bild 183-1989-0718-501)

Das Scheitern der Putschisten und ihrer »Abenteurer Regierung« (Graf Kessler)<sup>42</sup> wird schließlich nicht auf militärischem Wege, sondern durch einen Generalstreik bewirkt, zu dem am Nachmittag des 13. März der Vorsitzende der »Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände«, Siegfried Aufhäuser, und der Vorsitzende des »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes«, Carl Legien, aufgerufen haben.<sup>43</sup> Später schließen sich dem Aufruf auch USPD, KPD und DDP an. »Es muss sich zeigen, wer heute kräftiger ist: noch immer die militärische Gewalt, oder schon die Arbeit«, fasst Graf Kessler die Lage am 15. März zusammen, nachdem der Streik dem Regierungssitz Strom und Wasser abgedreht und schließlich das ganze Reich erfasst hat.<sup>44</sup>

In Neuss ergeht am gleichen Tag ein Aufruf an »Arbeiter! Bürger! Angestellte« zu einer großen öffentlichen »Protest-Versammlung gegen die Monarchisten« – »vorbehaltlich der Genehmigung der belg.



Aufruf zur Protestveranstaltung gegen den Kapp-Putsch im Neusser Residenz-Theater an der Niederstraße, in: »Der Freie Sprecher« vom 15. März 1920 (Stadtarchiv Neuss)

Behörde«, die von dieser auch erteilt wird. Der Andrang ist so groß, dass der Kinosaal des Residenz-Theaters an der Niederstraße 52 die Menschen nicht fassen kann. Der sozialdemokratische »Freie Sprecher« berichtet am Folgetag, dass sich die »Protestaktion gegen die Machenschaften der Reaktion« zu einer »imposanten Kundgebung der Arbeiterschaft und des Bürgertums« gestaltete. Angesichts des großen Andrangs von geschätzten über 15.000 Menschen werden spontan Parallelveranstaltungen im »Biotophontheater« und im Saal von Neckenigs Rheinischem Hof organisiert, wobei dennoch Hunderte Menschen draußen auf der Niederstraße bleiben müssen. Im Residenz-Theater spricht der Vorsitzende der sozialdemokratischen Ratsfraktion und Redakteur des »Freien Sprechers«, Mathias Braun:

»Er wies in großen Zügen darauf hin, daß die neue Militärregierung dem deutschen Volke nicht ein Körnchen Brot mehr geben könne und die Valuta nicht um einen Pfennig zu heben vermöge. Wohl wird sie durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft Wuchern und Schiebern Vorschub leisten, das Volk aber in Hunger und Elend stürzen. Im übrigen sei es die vornehmste Aufgabe des Augenblickes, allen Parteihader beiseite zu stellen und geschlossen gegen die Reaktion Front zu machen.«<sup>45</sup>

Um die parteiübergreifende Geschlossenheit der Arbeiter und Angestellten zu unterstreichen, sprechen auch Vertreter der christlichen Gewerkschaft in gleichem Sinne. Bevor alle drei Versammlungen mit einem »brausenden dreifach Hoch auf die deutsche Republik« schließen und die Teilnehmer am Ende auffordern, »Ruhe und Ordnung zu wahren«, wird einstimmig eine gemeinsame Resolution verabschiedet:

»Die im Saale des Residenztheaters, Biotophontheaters und des Hotels Neckenigs versammelten Arbeiter und Bürger von Neuß protestieren aufs entschiedenste gegen die Machenschaften der Reaktion, ganz besonders gegen die Militärkamarilla, die in unverantwortlicher Weise die Existenz Deutschlands aufs Spiel setzen und die breiten Massen des werktätigen Volkes um die Früchte der Revolution bringen wollen. Die Versammelten sind sich darin einig, daß es sich für die Mehrheit des Volkes um Sein oder Nichtsein handelt und daß es gilt, gegen Monarchisten und Militärdiktatur den schärfsten Kampf zu führen bis zum Aueßersten.

Nieder mit der Reaktion!

Hoch die Republik!«<sup>46</sup>

Gegen den Putsch sowie den damit drohenden Bürgerkrieg und die Intervention der Alliierten wehrt sich nicht nur die streikende Arbeiterschaft, sondern auch die Mehrheit der Beamten und die abwartende Ministerialbürokratie, die im Reich und in Preußen die Anordnungen Kapps gar nicht oder nur zögernd umsetzt. In Neuss wenden sich am 15. März 1920 auch Vorstand und Fraktion der Zentrumspartei über die Neuß-Grevenbroicher Zeitung (NGZ) an ihre

Blick in die Niederstraße,  
wo die Neusser Versamm-  
lungen gegen den  
Kapp-Putsch stattfanden,  
Postkarte, um 1925  
(Stadtarchiv Neuss)



»Parteifreunde« und verweisen auf die für den Aufstand Verantwortlichen. Die für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau unverzichtbare, »kaum hergestellte Ruhe des Vaterlandes«, sei »durch verfassungswidrige Akte derer gestört«, die auch schon im ersten Jahr der neuen Demokratie »ihre Hand zu nutzbringender vaterländischer Arbeit verweigert« hätten:

»In Einmütigkeit mit der deutschen und der rheinischen Zentrumspartei verurteilen wir auf das schärfste den vollführten Staatsstreich, weil er geeignet ist, das Vaterland neuen Erschütterungen und dem Bürgerkriege entgegenzuführen. Ruhe und Treue der Verfassung zu halten ist heute unsere vornehmste Pflicht. Mögen unsere Parteifreunde und die ganze Bürgerschaft unserer Vaterstadt Neuß in diesem Bestreben mit uns einig gehen zum Wohle des schwer bedrohten, lieben deutschen Vaterlandes.«<sup>47</sup>

Am selben Tag bildet sich im Ruhrgebiet die aus Arbeitern verschiedener sozialistischer Richtungen zusammengesetzte »Rote Ruhrarmee« zum erfolgreichen Kampf gegen die Freikorps und sympathisierende Reichswehrverbände.<sup>48</sup> Große Teile der aus bis zu 80.000 Arbeitern bestehenden Ruhrarmee kämpft dabei zugleich für die Errichtung einer proletarischen Diktatur, sogenannte Vollzugsräte werden gebildet. Die Zahl der sich am Generalstreik beteiligenden Arbeiter steigt reichsweit in kürzester Zeit auf insgesamt zwölf Millionen Menschen. Am 17. März ist dann die »Kapp-Groteske«<sup>49</sup> vorbei, der Generalstreik wird wenige Tage später beendet. Am 26. März beauftragt Reichspräsident Ebert den Sozialdemokraten Hermann Müller mit der Bildung einer neuen Regierung gemeinsam mit der DDP und dem Zentrum. Der vorübergehende »Reichskanzler« Kapp flieht nach Schweden, wird ans Deutsche Reich ausgeliefert und stirbt während seines Hochverratsprozesses 1922 in Leipzig. Am 4. August 1920 wird im Reichstag das »Amnestiegesetz« verkündet, das – mit Ausnahme der »Urheber und Führer« – den am Putsch und an den Märzaufrufen Beteiligten Straffreiheit zusagt. Lüttwitz behält seine Beamtenpension, von Seeckt wird zum Chef der Heeresleitung befördert und General Ludendorff verschont.<sup>50</sup> Der bis Ende April 1920 anhaltende »Ruhrkrieg« wird schließlich von Reichswehrverbänden und Freikorpsseinheiten niedergeschlagen. Zur Stabilisierung der Lage soll auch beitragen, dass die Kommandeure der Reichswehr im Juni auf die Reichsverfassung vereidigt werden.

Wahlaufruf der Deutschen  
Volkspartei, in: Neußer  
Zeitung vom 22. Mai 1920  
(Stadtarchiv Neuss)



Bereits im Mai beginnt im ganzen Reich der erbitterte Wahlkampf zur Reichstagswahl. Auch im besetzten Neuss ist es mit der im Putsch demonstrierten Einmütigkeit der Koalition aus bürgerlicher Mitte und Sozialdemokratie vorbei. So beansprucht die Sozialdemokratische Partei, die »berechtigten Wünsche der Arbeiter, Angestellten und Beamten« allein »gegen die geldkräftigen Anhänger der Deutschen Volkspartei und einflußreicher, ebenso kapitalistischer Kreise des Zentrums« zu vertreten.<sup>51</sup> Die Deutsche Volkspartei (DVP), die noch im März den Putsch unterstützt hatte, präsentiert sich in der Neußer Zeitung als »Partei des Wiederaufbaus«, fordert die »Festigung des Staates und seiner Autorität« sowie eine »Stärkung der Wirtschaft und seiner Grundlagen«. Vor allem aber wendet sie sich an »Mitstreiter mit nationaler Gesinnung« und propagiert revanchistisch: »Vom Rhein zum Memelstrande, ein Volk, ein Reich!«.<sup>52</sup>

Das Zentrum warnt in der NGZ nicht nur vor dem drohenden Kommunismus, »Klassendiktatur und Räteregierung [...] gewaltsamer und versteckter Sozialisierung und vor allem dem kommunistischen Raubsystem«. Der »heilige Kampf« widme sich der »Sicherung der konfessionellen Volksschule«, dem »Schutz der guten Sitte im gesamten öffentlichen Leben, in Presse, Literatur, Theater, Kino«, aber auch der »Verfassungstreue« und der »Förderung des Mittelstandes«. Deziert betreibt das Zentrum mit seinem parteipolitischen Programm auch in Neuss vor allem Wahlkampf gegen den eigenen Koalitionspartner, die um die politische Mitte mit ihnen konkurrierende Sozialdemokratie:

»Wer das will, der kann nur der Zentrumsliste seine Stimme geben, die alle Stände in sich vereinigt, christliche Volksvertre-

ter, die gewillt sind dem Christentum freie Bahn auf der ganzen Linie zu erkämpfen. Niemand darf zurückbleiben, wer fehlt nutzt der Sozialdemokratie, die nach der Herrschaft strebt.«<sup>53</sup>

Am 6. Juni 1920 finden schließlich die ersten Reichstagswahlen der jungen Republik statt, die vor dem Hintergrund der Ereignisse des März 1920 auch von neuerlichen Putschbefürchtungen begleitet werden.<sup>54</sup> In Neuss wie in den anderen Städten des Reiches wird es aber ein äußerlich ruhiger Wahlsonntag, der jedoch in einem »Debakel« für die gemäßigte Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP endet. Auch in Neuss gibt es diesbezüglich »keinerlei Ueberraschungen« – wie die NGZ zwei Tage »nach der Wahlschlacht« feststellt:

»Einen Abmarsch der Wählermassen nach links und nach rechts hatten wir voraus gesagt und das ist in weitgehendem Maße, namentlich auch nach links eingetreten.«<sup>55</sup>

Das Zentrum bleibt in Neuss immerhin bei über 50 Prozent der Stimmen und hat damit nach eigener Ansicht »unter schwierigsten Verhältnissen die Probe bestanden« (NGZ), tatsächlich verliert die Partei in Neuss mit über 10 Prozent (Reich: -6,1 Prozent) allerdings

li.: SPD-Wahlaufruf für die Liste Otto Braun, in: Der Freie Sprecher vom 15. Mai 1920

re.: Wahlaufruf der Zentrumsparlei für die Liste Bell-Wieber, in: Neuß-Grevenbroicher Zeitung vom 5. Juni 1920 (Stadtarchiv Neuss)

**Wähler und Wählerinnen von Neuß!**

Ihr habt fünf Monate Stadtratspolitik mitgemacht, seit dem 30. November 1919!

Was habt Ihr da eingesehen, einsehen müssen?

Dass es nur eine Partei war, welche unentwegt die Interessen der breiten Massen, der minderbemittelten Bevölkerung vertreten hat: die Sozialdemokratische Partei!

Nur die Sozialdemokratische Partei hat ohne Schwanken die berechtigten Wünsche der Arbeiter, Angestellten und Beamten, überhaupt die Wünsche der gesamten mittellosen Bevölkerung gegen die geldkräftigen Anhänger der Deutschen Volkspartei und einflussreicher, ebenso kapitalistischer Kreise des Zentrums vertreten! Glaubt Ihr, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei im Reich andere Ziele verfolgte?!

Sie ist von jeher eingetreten und wird auch weiterhin eintreten für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der breiten Volksmehrheit. Darum wählt am 6. Juni

**die Liste Otto Braun.**

**Die Zentrumspartei ist die wahre Volkspartei!**

Ihre politische Politik ist stets auf einen gerechten Ausgleich aller Standesinteressen gerichtet. Das zeigt deutlich auch ihre

**Kandidaten-Liste:**

1. Justizrat Dr. Johannes Bell, Offenbach, Reichsminister a. D.
2. Bankdirektor Franz Wieber, Duisburg.
3. Bankrat Johannes Blum, Grefeld.
4. Industrieller Florian Rüdiger, Wittinghausen i. W.
5. Obersekretär Joseph Altkotte, Wülfringhausen-Loon.
6. Landrat Freiherr von Arnim, Neß.
7. Schreinermeister Johann Sander, Duisburg.
8. Frau Anna Hafels, Grefeld.
9. Eisenbahnbauarbeiter Johann Kluck jr., Duisburg.
10. Gewerkschaftsleiter Johann Kauder, Hamborn.
11. Bankrat Johann Scholten, Springhoven bei Dinslaken.
12. Angestellter Johann Peter Ehl, Biersin.

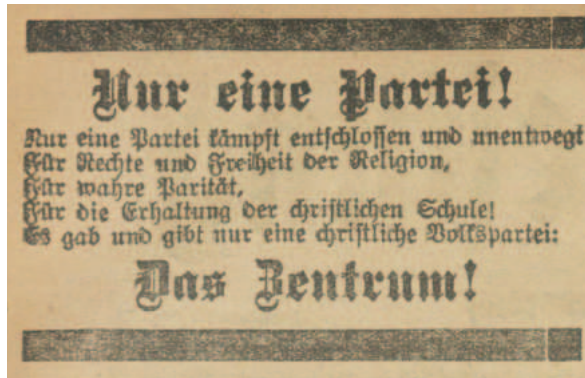
**Wähler und Wählerinnen!**

Gebt am 6. Juni Eure Stimmen der wahren, demokratischen Volkspartei!

**Wählt Zentrum!**

Liste: Bell—Wieber.

Wahlwerbung der  
Neusser Zentrumspar-  
tei, in: Neuß-Grevenbroicher  
Zeitung vom 5. Juni 1920



sogar deutlicher als auf Reichsebene. Verheerend sind die Verluste der Sozialdemokraten mit 18 Prozent (Reich: -16,1 Prozent), während die USPD in Neuss aus dem Stand 20,6 Prozent holt und die DVP 11,7 Prozent Gewinne erzielt.<sup>56</sup>

Das Wahlergebnis bringt reichsweit einen »Rechtsruck im Bürger-  
tum« und einen »Linksruck in der Arbeiterschaft«<sup>57</sup> und legt nahe,  
dass sich die Republik im Juni 1920 »auf keine Mehrheit in der Wäh-  
lerschaft stützen«<sup>58</sup> kann. Im Reichstag schrumpft die Koalition von  
78 Prozent auf 44,6 Prozent der Mandate und wird ihre Mehrheit  
auch nie wiedererlangen. Reichskanzler Hermann Müller tritt ange-  
sichts des katastrophalen Wahlergebnisses der SPD zurück, ihm folgt  
der Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach, der mit DVP und DDP  
eine rein bürgerliche Minderheitsregierung bildet.



Otto Braun (1872–1955),  
SPD, preußischer Minister-  
präsident 1920 bis 1932  
(mit Unterbrechungen), 1919  
(aus: Handbuch der  
verfassungsgebenden  
Nationalversammlung,  
Weimar 1919)

## Verwaltung

Ungeachtet der Wahlergebnisse scheint es für eine Demokrati-  
sierung der Verwaltung aber »noch nicht zu spät«.<sup>59</sup> Die Stadt Neuss  
gehört auch nach Weltkrieg, Revolution sowie dem damit verbunde-  
nen Ende des preußischen Königtums und des Kaiserreichs ver-  
waltungsmäßig weiterhin zu Preußen, das seit März 1920 von einer  
Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun regiert wird.  
Ende November 1920 wird Preußen mit der neuen Verfassung zum  
demokratisch-parlamentarischen Freistaat. Von den Unruhen des  
Jahres ist auf der Ebene von Verwaltung und Beamtenapparat unter  
der Überwachung durch die belgische Besatzung in den linksrheini-  
schen Gebieten der preußischen Rheinprovinz nur wenig zu spüren.

Auch die Verwaltung der Stadt Neuss kann unter der Besetzung weitgehend ungestört arbeiten. Gleichwohl sorgen zahlreiche bürokratische Vorgaben, die vor allem der Kontrolle dienen, weiterhin für Verdruss. So kommt es Anfang 1920 etwa zu einer Auseinandersetzung über die Anordnung des Delegierten der Hohen Kommission für die Kreise Neuß und die Benrather Zone vom 31. Januar 1920, wonach ihm alle Zuschriften in Zukunft in sechsfacher Ausfertigung zugesandt werden sollen. Für weiteren Verdruss sorgt im Februar dann die Anordnung, alle Berichte an die Besatzungsbehörden in deutscher und französischer Sprache anzufertigen.<sup>60</sup> Am 11. März 1920 teilt die »Haute Commission Interalliée de Territoires Rhenans, Kreis de Neuss, Zône Belge« dem Oberbürgermeister dann noch mit, dass jede Ernennung von Beamten dem Delegierten der Hohen Kommission künftig 14 Tage vor Dienstantritt zur Kenntnis gebracht werden müsse.<sup>61</sup>

li.: Das Neusser Rathaus,  
1920er Jahre

re.: Verordnung des belgi-  
schen Stadtkommandanten,  
die den Neusser Einzel-  
händlern untersagt, beim  
Verkauf an Alliierte höhere  
Preise zu verlangen, Plakat,  
8. Januar 1920,  
(Stadtarchiv Neuss)



**Verordnung.**

Es wird mir mitgeteilt, dass deutsche Detailgeschäfte ihre Waren zu verschiedenen Preisen verkaufen, je nachdem der Käufer ein Deutscher ist oder den Alliierten angehört. Dieses Verfahren ist unzulässig, es stellt weiter nichts als eine Bewucherung dar.

I. Es ist jedem Detailverkäufer untersagt, 2 verschiedene Preise für denselben Artikel zu haben.

II. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung werden vor die Militärgerichte gebracht, die auf Strafen bis zu 6 Monaten Gefängnis und 3000 Franken Geldbuße erkennen können.

Im Rückfall und unabhängig von diesen Bestrafungen, kann das Geschäft des Betreffenden auf eine Dauer bis zu drei Monaten durch die Militärbehörde geschlossen werden.

III. Die gegenwärtige Verordnung tritt in der ganzen 4. Zone mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Ich bemerke noch im Anschluss an frühere Verordnungen, dass alle Artikel in deutlicher Weise in Mark und Pfennigen auszuzeichnen sind.

Neuss, den 8. Januar 1920.

**Der Oberst**  
Kommandant des Kantonnements Neuss (Stadt)  
**Brassel.**

Druck des Verordnungsstellenbüros, Neuss.

Um die zahlreichen Verordnungen der belgischen Besatzungsbehörden auf lokaler Verwaltungsebene auch umsetzen zu können, wird im Neusser Rathaus ein Besatzungsamt unter der Leitung von Anton Reindorf geschaffen, das zeitweise bis zu 27 Beschäftigte hat. Auch ist die Neuorganisation der städtischen Polizei erforderlich, die von 56 auf 79 Bedienstete vergrößert wird. Alle Verhandlungen der Stadt Neuss mit der Besatzungsbehörde bezüglich Einquartierung und Requisitionen werden vom Beigeordneten Josef Klein geführt, den der Beigeordnete Peter Goertz vertritt. Der Bereich »Volksernährung« wird dagegen auch nach dem Krieg noch vom Beigeordneten Wilhelm Thywissen verantwortet.<sup>62</sup>



Heinrich Hüpper  
(1886–1965), besoldeter  
Beigeordneter der Stadt  
Neuss 1920/1921, Ober-  
bürgermeister 1921 bis 1930  
(Stadtarchiv Neuss)

Mit Blick auf die Stadtspitze ist 1920 ein Jahr des Wandels und der personellen Weichenstellung. Es ist das letzte volle Dienstjahr des bewährten rheinischen Oberbürgermeisters Franz Gielen, der von der Stadt Mönchengladbach als ihr neues Stadtoberhaupt abgeworben wird und Anfang 1921 dorthin wechselt.<sup>63</sup> Seinen Nachfolger baut Gielen im Jahr 1920 jedoch noch selber auf. Bereits am 25. Februar wählt die Stadtverordnetenversammlung den 33-jährigen Heinrich Hüpper, bis dahin Bürgermeister der kleinen Gemeinde Dingelstädt im Eichsfeld, zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Neuss und damit auch ersten Vertreter des Oberbürgermeisters für die Dauer von zwölf Jahren. Am 27. April 1920 erfolgt »nach erfolgter Bestätigung dieser Wahl durch das Preußische Staatsministerium« die offizielle Einführung Hüppers in sein neues Amt durch Oberbürgermeister Gielen. Der talentierte Jurist und erfahrene Verwaltungsmann Hüpper steht ebenso wie Gielen für überparteilichen Ausgleich und Verständigung mit den belgischen Besatzern. Seine Aufgabe stellt er bei seiner Amtseinführung unter die Worte Antigones: »Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da.« Ein Jahr später wird er bei seiner Wahl zum Oberbürgermeister diese Devise vor den Stadtverordneten mit den Worten ergänzen: »Nicht niederzureißen, sondern aufzubauen bin ich da, und bitte zu diesem Ziel um Ihrer aller Unterstützung.«<sup>64</sup>

Im Mai 1920 wählen die Stadtverordneten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in geheimer Abstimmung auch die ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Neuss. Das Ergebnis spiegelt die politischen Verhältnisse in der von katholischem Bürgertum und erstarkender Arbeiterschaft geprägten Hafens- und Industriestadt Neuss in der Weimarer Republik wider.<sup>65</sup> Erneut gewählt wird der dem Zentrum nahestehende Kaufmann und Ölmühlenbesitzer Wilhelm



Thywissen, der erstmals bereit vor 34 Jahre Beigeordneter wurde und sich große Verdienste insbesondere um die Versorgung der Neusser Bevölkerung in der Kriegs- und Nachkriegszeit erworben hat. Neu gewählt werden der Schlachthofdirektor und DDP-Stadtverordnete Dr. Rudolf D'heil, der Redakteur der sozialdemokratischen Neusser Tageszeitung »Der freie Sprecher«, SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender Mathias Braun, und schließlich der Former, Gewerkschaftssekretär des deutschen Metallarbeiterverbandes und USPD-Stadtverordnete Josef Schmitz. Am 20. Juli werden die unbesoldeten Beigeordneten dann in der Stadtverordnetenversammlung offiziell in ihr Amt eingeführt.<sup>66</sup>

Im Großen und Ganzen hat sich das Verhältnis der höheren Verwaltungsbeamten der Stadt Neuss zu den belgischen Besatzungsbehörden im Jahr 1920 vorübergehend auf einen *modus vivendi* eingespielt.<sup>67</sup> Auf Ebene des Kreises Neuss kommt es im selben Jahr dagegen zum Konflikt, als Landrat Ferdinand Freiherr von Lüninck sich weigert, den Besatzungsbehörden die Namen jener Bauern und Unternehmen mitzuteilen, die mit ihren Pflichtabgaben in Rückstand geraten sind.<sup>68</sup> Lüninck wird zu acht Wochen Haft verurteilt, was öffentliche Empörung auch in der Presse hervorruft. Kritisiert wird, dass die militärischen Stellen das Rheinlandabkommen so auslegten, dass »die deutschen Behörden bedingungslos und ohne Erörterung die von militärischen Befehlsstellen gegebenen Anordnungen auszu-

li.: Mathias (»Max«) Braun (1892–1945), Redakteur, SPD-Fraktionsvorsitzender und unbesoldeter Beigeordneter 1920/1921 mit seiner Frau Angela Braun-Stratmann, 1935 (Privatbesitz)

re.: Ferdinand Freiherr von Lüninck (1888–1944), Landrat des Kreises Neuss 1918 bis 1922, 1920 (Foto: Heinrich Kleu, Stadtarchiv Neuss)

führen hätten.«<sup>69</sup> Auf die Stadt Neuss hat der Konflikt mit dem Landrat keine spürbaren Folgen. Für eine Beruhigung der Lage und eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Stadt Neuss und der belgischen Besatzung im Jahr 1920 spricht, dass der in den Akten überlieferte Schriftwechsel zwischen den belgischen Behörden und dem Neusser Oberbürgermeister ab Herbst 1920 deutlich abnimmt.



Matthias Erzberger  
(1875–1921), Politiker des  
Zentrums, Reichsminister  
der Finanzen 1919/1920,  
Foto: Diethart Kerbs, 1919  
(Bundesarchiv,  
Bild 146-1989-072-16)

Während reichsweit auf allen Verwaltungsebenen die Erfüllung der Reparationsleistungen für große Belastungen der Haushalte und eben Konflikte sorgt, erfährt gleichzeitig die Finanzierung des städtischen Gemeinwesens im Jahr 1919/1920 eine grundlegende Umstrukturierung. In Folge der nach dem Reichsminister der Finanzen benannten Erzberger'schen Steuerreform, die als eines der umfangreichsten Reformwerke der deutschen Finanzgeschichte gilt, wird die gesamte Finanzverwaltung zentralisiert und eine einheitliche Steuererhebung erreicht. Der Staat dringt damit in die bis dahin bestehende Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden ein. In der Folge sind die Länder auf Zuschüsse des Reiches und »die Gemeinden noch mehr als zuvor auf Anleihen angewiesen«.<sup>70</sup> Dem Reichsfinanzministerium untergeordnet entstehen 26 Landesfinanzämter und rund 1.000 Finanzämter auf Kreisebene – so auch in Neuss –, in deren Verantwortung die praktische Umsetzung der zahlreichen neuen Steuergesetze, konkret die Festsetzung, Erhebung und Betreibung der Steuern liegen. Zum Vorsteher des neuen Finanzamtes Neuss ernennt die Finanzverwaltung den aus Gelsenkirchen stammenden Dr. Karl Tietmann, der am 1. Oktober 1920 im Neubau an der Kaiser-Friedrich-Straße Ecke Krurstraße seinen Dienst antritt.

Die ehemalige preußische Einkommenssteuer geht mit der Übertragung der Steuerhoheit auf das Reich in die Reichseinkommenssteuer und die Körperschaftssteuer auf – mit erheblichen Auswirkungen auch für die Städte:

»Während bei der damaligen Staatssteuer die Kommunen das Recht des Zuschlages entsprechend ihren Bedürfnissen hatten, wurde ihnen aus der Reichssteuer ein nach einer Schlüsselzahl berechneter Anteil gewährt.«<sup>71</sup>

Im Jahr 1920 wird schließlich noch die seit 1902 erhobene Umsatzsteuer, die bis dato bei der Veräußerung von Grundstücken erhoben wurde und bei 1 ½ Prozent vom Wert des Grundstückes lag,



durch die Grunderwerbssteuer abgelöst. Auch diese ist nun eine Reichssteuer, die aber von den Kommunen veranlagt und erhoben und nach Abzug eines Anteils für die Bedürfnisse der Gemeinde dem Reich überwiesen wird.

## Wirtschaft und Soziales

An eine Konsolidierung der Finanzen auf Ebene der Kommunen oder des Reiches ist 1920 jedoch noch kaum zu denken. Der 1919 geschlossene Friedensvertrag von Versailles, der Anfang 1920 in Kraft tritt, verpflichtet Deutschland zudem zu hohen Reparationszahlungen an die Siegermächte. Als am 14. Januar 1920 die Reparationskommission gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Arbeit aufnimmt, geht die Reichsregierung davon aus, dass das Deutsche Reich Geld- und Sachleistungen in Höhe von mindestens 20 Milliarden Goldmark an die Alliierten zu zahlen habe, ein großer Teil der Last aber bereits abgetragen sei. Auch auf der im Juli 1920 beginnenden Internationalen Konferenz im belgischen Spa wird die Höhe der Reparationsforderungen zwar noch nicht abschließend festgelegt, allerdings wird eine Einigung über die Verteilung erzielt (Frankreich: 52 Prozent, England: 22 Prozent, Italien: 10 Prozent, Belgien: 8 Prozent, restliche Siegerstaaten: 8 Prozent).<sup>72</sup>

Zur Sorge der nur langsam wieder anlaufenden deutschen Wirtschaft, geringer Steuereinnahmen und der notwendigen Umstellung von Kriegsproduktion auf Friedenszeiten kommt also Anfang 1920 die Sorge vor weiterer Geldentwertung und daraus folgender sozialer

li.: 1920 errichteter Neubau des Neusser Finanzamtes an der Kaiser-Friedrich-Ecke Krurstraße (später: Polizei), Zeichnung von Heller, 1969 (Stadtarchiv Neuss)

re.: Dr. Karl Tietmann (1884–1952), Vorsteher des neuen Finanzamtes in Neuss 1920 bis 1923, in seinem Büro, 1921



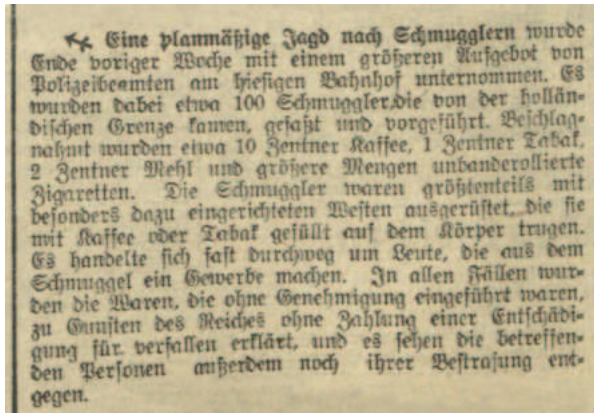
Der 1920 in Kraft getretene Vertrag von Versailles, Titel einer Ausgabe von 1933 (Stadtarchiv Neuss)

Not. Seit dem Krieg und lange vor dem im kollektiven Gedächtnis verankerten Jahr der Hyperinflation 1923 ist die Geldentwertung im Deutschen Reich bereits der dominierende Faktor des wirtschaftlichen Lebens und der sich daraus zuspitzenden sozialen Konflikte, welche die junge Republik erschüttern. Im Januar 1920 hat die Mark gegenüber dem US-Dollar nur noch ein Zehntel ihres Wechselkurses vom August 1914, was sich natürlich unmittelbar auf die allgemeine Kaufkraft auswirkt. So beginnt das Jahr 1920 am 3. Januar mit Eisenbahnerstreiks im Ruhrgebiet und in Schlesien für »Teuerungszuschläge« zwischen 100 und 175 Prozent und Bergarbeiterstreiks für den Sechsstunden-Tag.<sup>73</sup>

Das Realeinkommen hat im Deutschen Reich seit dem Weltkrieg stark abgenommen, die Industrieproduktion liegt 1920 nur noch bei 54 Prozent und die Getreideproduktion lediglich bei 70 Prozent des Vorkriegsstandes.<sup>74</sup> Angesichts dieser Notlage muss den alliierten Besatzungsbehörden im Westen grundsätzlich daran gelegen sein, dass sich die deutsche Wirtschaft schnell wieder von den Kriegsauswirkungen erholt und entwickelt. Dies ist nicht nur Voraussetzung für politische Stabilität und soziale Ruhe in den besetzten Gebieten, sondern auch für die Erfüllung der im Versailler Vertrag beschlossenen Reparationsleistungen und damit die Linderung der wirtschaftlichen Krise im eigenen Land.

Hafenbecken I in Neuss mit Walzenmühle N. Simons (li.) und Ölmühle C. Thywissen (re.), Postkarte, um 1910 (Stadtarchiv Neuss)





Bericht über die Festnahme von Schmugglern am Neusser Hauptbahnhof, in: Neuß-Grevenbroicher Zeitung vom 18. Oktober 1920 (Stadtarchiv Neuss)

Zur Stabilisierung der Versorgungslage und des Handels gehen die belgischen Besatzungsbehörden in Neuss 1920 vor allem konsequent gegen Schmuggel und Preistreiberei vor. Am 15. Januar 1920 übermittelt der »Generalleutnant Kommandant« Michel dem Neusser Oberbürgermeister »zur Kenntnisnahme und Veröffentlichung« die »Verordnung den Schutz des Handels, Unterdrückung der unerlaubten Geschäfte und das Schiebertum betreffend«.<sup>75</sup> Die Stadt reagiert auf die nach Kriegsende anhaltenden Unregelmäßigkeiten im Lebensmittelhandel, indem sie die bereits 1915 errichtete Preisprüfungsstelle durch einige weitere Unterausschüsse erweitert, die »aus Vertretern der einzelnen Branchen« bestehen und »bei besonderen Fragen« herangezogen werden.<sup>76</sup> Die Prüfungsstelle, eine Mischung aus Gewerbe- und Verbraucherzentrale, setzt sich zur Hälfte aus Vertretern der Verbraucher und Erzeuger sowie der Groß- und Kleinhändler zusammen, die regelmäßig die »angemessenen Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs« ermitteln und deren Einhaltung überwachen.

Doch bei der Überprüfung bleibt es nicht, denn die Stadt verschärft im Laufe des Jahres schließlich auch die Strafverfolgung. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt am 13. Juli 1920 die »sofortige Errichtung eines besonderen Polizeikommissariats« zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers. Diesem gehören immerhin ein Kommissar, ein Oberwachtmeister und sechs Wachtmeister an. Überdies beschließen die Stadtverordneten die bestehende Preisprüfungsstelle noch durch Mitglieder der Gewerkschaften zu ergänzen. Das neue Kommissariat und die Preisprüfungsstelle werden beauftragt, unverzüglich

mit den Erzeugern »zwecks Senkung der Lebensmittelpreise und zwecks Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln« in Verbindung zu treten.<sup>77</sup>

Insgesamt kommt die Wirtschaft nur langsam wieder in Gang, was sich am stagnierenden bis schrumpfenden Arbeitsmarkt während und nach der Demobilmachung ablesen lässt.<sup>78</sup> Die aus dem Krieg heimkehrenden Soldaten finden zunächst nur schwer Arbeit. Es fehlt vielfach an Rohstoffen und infolge des Abbaus der Kriegsindustrie kommt es zudem zu größeren Entlassungen. Viele Frauen, die während der Kriegsjahre die zum Kriegsdienst abberufenen Arbeiter vor allem in der Industrie, aber auch in Handwerk und Handel ersetzt haben, verlieren nun wieder ihre Arbeit. Dennoch zeigt die Erwerbslosenstatistik für die Stadt Neuss seit 1919 und noch einmal seit Februar 1920 stark rückläufige Zahlen der Empfänger\*innen der Erwerbslosenfürsorge, die erstmals per Gesetz vom 13. November 1918 eingeführt worden ist.<sup>79</sup> Der starke Rückgang der Neusser Arbeitslosen von gut 1.350 im Januar 1919 auf unter 300 im März 1919 und auf unter 100 im April 1920 ist überwiegend auf die »Vermittlung Erwerbsloser in Notstandsarbeiten« zurückzuführen. Die meisten der bis zu 400 Projekte, darunter die Verbreiterung und Vertiefung des Kanalbettes zwischen Hafen und Rhein sowie der Bau des Hafenbeckens 3, fällt dabei in die Zuständigkeit des städtischen Tiefbauamtes.<sup>80</sup> Wer nicht in diesen Maßnahmen oder bei den zahlreichen Projekten des gemeinnützigen

Der Neusser Hafen mit dem im Bau befindlichen Hafenbecken 3, um 1925  
(Stadtarchiv Neuss)





»Kohle ist Brot«, Plakat aus dem rheinisch-westfälischen Industrievier, Druck: Kunstanstalt Carl Lange Duisburg, 1920 (Bundesarchiv, Plak 002-003-002)

Wohnungsbaus unterkommt, erhält die weitgehend vom Reich bezahlte Erwerbslosenfürsorge. Angesichts der komplizierten Ausführungsbestimmungen stellt die praktische Durchführung der Fürsorgezahlungen, die mit der geldlichen Unterstützung das Existenzminimum der Betroffenen sichern soll, die Gemeinden dennoch vor große Herausforderungen.<sup>81</sup>

Unmittelbar an das rheinisch-westfälische Industrievier angrenzend ist dieses für die Erzeugnisse der Neusser Lebensmittelindustrie (v.a. Mehl und Öl) zum einen das wichtigste Absatzgebiet, zum anderen beziehen die Neusser Industriezweige von dort ihre Kohlen und anderes Rohmaterial per Eisenbahn oder Schiff. Gerade der Mangel an Kohlen und ihre Verteuerung spielen in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine besondere Rolle. So beginnt das Jahr 1920 auch in Neuss wenig vielversprechend mit dem Inkrafttreten immenser Preissteigerungen für Kohle zum 1. Januar.

Der Neusser Oberbürgermeister Gielen hat sich bereits seit Ende 1919 beim Präsidenten der »Section Economique de Crefeld« der Besatzungsarmee der 4. Zone dafür eingesetzt, dass Neuss überhaupt ausreichend versorgt wird. Von den für die Stadt vorgesehenen 300 Tonnen sind allerdings Anfang 1920 erst 46 Tonnen geliefert worden. Auf Nachfrage der »Section Economique« teilt die Stadt mit, dass zahlreiche Firmen »für die Aufrechterhaltung ihres Betriebs« dringend die angeforderten Kohlen benötigen: 1. Städtischer Schlachthof, 2. Städtische Ring- und Hafenbahn, 3. Elektrizitätswerk Neuss, 4. Neusser Margarinewerke, 5. Költiing und Koennerhoff Nietenfabrik, 6. Johann Reinartz Maschinenfabrik, 7. Neusser Dampfziegelei, 8. Rheinisch-Westfälische Bauindustrie, 9. Jaegers & Kippes Oelwerke, 10. Neusser Badeanstalt.<sup>82</sup>

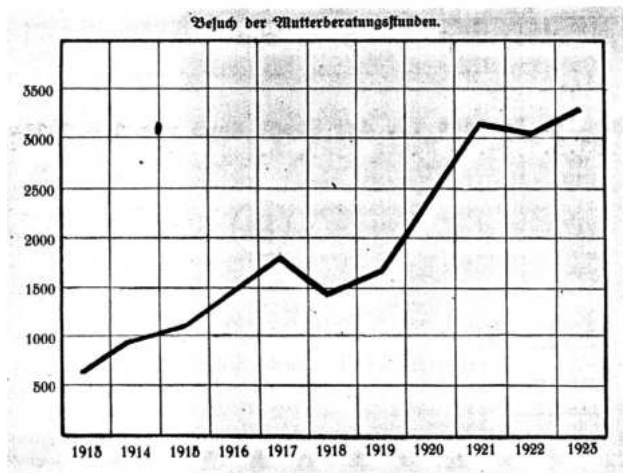
In der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Nachkriegszeit mit hoher Arbeitslosigkeit kommt dem Bereich der Wohlfahrtspflege in der Stadt eine besondere Bedeutung zu. Neben den staatlichen und städtischen Einrichtungen sind dabei über die Kriegsjahre hinaus auch zahlreiche private konfessionelle Vereine und der Neusser Zweigverein des Vaterländischen Frauenvereins sozial tätig. 1920 engagieren sich karitativ in Neuss der katholische Fürsorgeverein für männliche Personen, der katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder, der evangelische Fürsorgeverein, die St. Elisabeth-Vereine der Münster-, Marien-, Dreikönigen- und St. Josefspfarre, die Vinzenzvereine der Pfarrgemeinden sowie der katholische Verein zur Unterstützung armer Wöchnerinnen und der evangelische Frauenverein. Neu auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge ist 1920 in Neuss der Verein der »Arbeiterwohlfahrt«, dessen Gründung dem zunehmenden Engagement der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft und deren politischen Parteien an der Wohlfahrtspflege geschuldet ist.<sup>83</sup>

### Gesundheitsfürsorge

Unter den städtischen Fürsorgezweigen erfährt die Gesundheitsfürsorge in der Nachkriegszeit in Neuss den spürbarsten Ausbau. Die Nachwirkungen des Krieges, Invalidität, Unterernährung und den Verhältnissen geschuldete Krankheiten fordern vielfältige neue Maßnahmen der Stadt. Dabei setzt die Gesundheitsfürsorge bereits mit der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ein, die nach vorübergehendem Rückgang mit über 15 Prozent im Jahr 1920 wieder den Wert von 1913 erreicht. Noch vor dem Krieg hatte man begonnen, die



Säuglingszimmer im  
Städtischen Krankenhaus  
Neuss, Foto, s.l.  
(Stadtarchiv Neuss)



bestehende Organisation zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit insbesondere durch die Anstellung einer Fürsorgerin und Einrichtung von Mütterberatungen in der Stadt auszubauen. Das bestehende Prämiensystem, das als öffentlich propagierter Anreiz zum Besuch der Beratungsdienste, wird 1920 allerdings von Barzahlung auf Sachmittel, wie Wäsche, Seife etc. umgestellt.<sup>84</sup> Schließlich erfährt die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit weitere Unterstützung durch die Einrichtung eines Wöchnerinnen- und Säuglingsheims, das 1920 der inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses an der Preußenstraße angegliedert wird.<sup>85</sup>

Auch die Schulkinder, von denen ein großer Teil während der Kriegs- und Nachkriegszeit durch Unterernährung und Krankheit geschwächt ist, rücken 1920 in den Fokus des Sozialsystems. Im Rahmen der »Schulgesundheitsfürsorge« wird eine systematische und gründliche Vorsorge auf den Weg gebracht. Ein für diese Aufgabe von der Stadt extra eingestellter hauptamtlicher Arzt, Dr. med. Eugen Niessen, soll die jährliche Untersuchung aller Schulkinder vornehmen. Für jedes Neusser Schulkind legt die Fürsorge zu diesem Zweck einen besonderen Gesundheitsbogen an, »der das einzelne Kind in seiner ganzen Schulzeit begleiten« soll. Ziel ist es, ganz allgemein kranke Kinder einer fachärztlichen Behandlung und geschwächte Kinder einer Erholungskur zuzuführen, sowie im Besonderen »Tuberkulose und Verkrüppelung« abzuwehren.

li.: Besuch der Mütterberatungsstunden in Neuss 1913 bis 1924, Grafik (aus: Bericht der Verwaltung der Stadt Neuss 1913 bis 1924, Neuss 1925)

re.: Mütterberatung durch den Neusser Fürsorge- und Stadtarzt Dr. Eugen Niessen (1889–1969), 1920er Jahre (Stadtarchiv Neuss)

Tatsächlich sinkt die Schulkindersterblichkeit in den folgenden Jahren und allein 1920 werden insgesamt 719 Kinder auf Anordnung der Stadtverwaltung in Erholungskuren geschickt werden (287 nach Saarbürg, 10 in die Schweiz, 135 nach Holland und 287 in See- oder Solbäder). Auch am städtischen Krankenhaus an der Preußenstraße wird zeitweilig ein Kindererholungsheim in der ehemaligen Isolierbaracke eingerichtet. Die systematische Untersuchung und kontinuierliche Begleitung der Neusser Kinder leiden gleichwohl an den großen Hindernissen, die für die regelmäßige Untersuchung und ihre zuverlässige Dokumentation durch die Beschlagnahmung von Schulgebäuden durch die Besatzungsbehörden entstehen. 14.000 Mark investiert die Stadt im Jahr 1920 in eine eigene Schulzahnklinik, die der Abteilung Gesundheitsfürsorge im Wohlfahrtsamt unterstellt und im Verwaltungsgebäude hinter dem Rathaus eingerichtet wird. Die Leitung übernimmt Zahnarzt Dr. Eugen Sürder.<sup>86</sup>

Zu den neuen Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge in Neuss zählt die im März 1920 eingerichtete Tuberkulosefürsorgestelle, die im Verwaltungsgebäude an der Michaelstraße untergebracht ist. Hier werden auch bakteriologische Untersuchungen vorgenommen, während die Röntgenuntersuchungen im Städtischen Krankenhaus an der Preußenstraße erfolgen.<sup>87</sup>

Städtisches Krankenhaus  
an der Preußenstraße,  
Postkarte, um 1920  
(Stadtarchiv Neuss)





Bettelnder Kriegsinvaliden  
auf einer Straße in Berlin,  
1920er Jahre  
(Bundesarchiv,  
BA\_Bild\_146-1972-062-01)

Der Erste Weltkrieg hat hunderttausende schwerbeschädigter Männer, häufig amputierter Kriegsinvaliden, zeitgenössisch »Kriegs-krüppel«, zurückgelassen. Daher besteht höchster Bedarf, die staatliche Fürsorge für Behinderte, die bis dahin zumeist auf die Unterstützung durch kirchliche Wohlfahrtsverbände oder private Initiativen angewiesen waren, neu zu regeln. Am 6. Mai 1920 wird daher das preußische »Krüppelfürsorgegesetz« verabschiedet.<sup>88</sup> In Neuss hat die Stadt bereits 1913 das Wohlfahrtsamt eingerichtet, das auch die sogenannte »Krüppelfürsorge« einschloss. Damals war jedoch nicht abzusehen gewesen, welche Herausforderungen auf diese Abteilung durch den Krieg zukommen sollten. Lag die Zahl der Fürsorgefälle 1914 noch bei 2, so sind 1920 allein 59 Fälle zu betreuen. Von diesen erfahren jedoch nur vier Heilbehandlungen in einem entsprechenden Invalidenheim. Daneben kümmert sich das Amt darum, den Invaliden »eine ihren Fähigkeiten entsprechende Berufsausbildung« oder »lohnbringende Beschäftigung« zu vermitteln. Für die Erblindeten vermittelt das Wohlfahrtsamt 1920 im Rahmen der »Fürsorge für Blinde und Taubstumme« auch erstmals Lesestoff aus der Zentralbibliothek in Hamburg.<sup>89</sup>

Zu den weitgehend vergessenen Krankheitsphänomenen des Ersten Weltkriegs gehört die Ausbreitung der gefürchteten Geschlechtskrankheiten, wie Syphilis (Lues) oder Gonorrhoe (Tripper), und daraus folgend die (militärisch motivierte) Propagierung und schließlich

die Popularisierung des Kondoms. Bereits während des Weltkrieges waren sich die meisten der kriegführenden Staaten der drohenden »Gefahren, die der Kampffähigkeit und der Schlagkraft der Truppen von seiten der Geschlechtskrankheiten drohten«, weitgehend bewusst.<sup>90</sup> Noch sind die Möglichkeiten zur medizinischen Behandlung der Krankheiten gering und wirksame Medikamente noch nicht entwickelt. Doch die Schutzwirkung durch Kondome ist bereits bekannt. Daher werden im Krieg deutsche Soldaten mit »amtlich verteilten« Kondomen versorgt. Mit »Belehrungen«, Warnungen und Untersuchungen unterstützen die deutschen Behörden auch die tatsächliche Verwendung, während gerade Großbritannien und die Vereinigten Staaten aus moralischen Gründen die Verteilung von Kondomen bis 1917 verzögern, als bereits ein großer Teil der Soldaten erkrankt ist.

Das verbreitete Phänomen der Geschlechtskrankheiten während der Kriegs- und Nachkriegsjahre ruft kommerzielle Heilungsversprechen aller Art auf den Plan, die diskret in den Zeitungen beworben werden. Die große Verbreitung – gerade auf die Ehefrauen von ehemaligen Soldaten – zieht aber auch besondere Maßnahmen der kommunalen Gesundheitsfürsorge nach sich. Dabei besteht in Neuss eine klare Aufgabenteilung zwischen der Polizei einerseits, die Untersuchungen und Behandlungen von Prostituierten – »der im Verdacht der Gewerbsunzucht stehenden Frauenpersonen« – in die Wege leitet, und der städtischen Fürsorgestelle, die sich ab 1920 um die Einleitung von Behandlungen der deutlich zahlreicheren anderen Betroffenen kümmern soll. Darüber hinaus betreibt die städtische Gesundheitsfürsorge Aufklärungsarbeit, in Form von Plakaten, Flugschriften, Vorträgen und Zeitungsartikeln.<sup>91</sup>

Anzeige eines Düsseldorfer  
Arztes für Haut- und  
Geschlechtskrankheiten,  
in: Der Freie Sprecher  
vom 25. Mai 1920  
(Stadtarchiv Neuss)

**+** **Geheime Leiden** **+**

(Geschlechtsleiden) frische u. veraltete hartnäckige Fälle, welche anderweitiger Behandlung trotzen, Hautkrankheiten, Hautjucken (macht zu lästigem Kratzen reizend), nervöse Schwächezustände usw. behandelt gründlich, möglichst ohne Berufsstörung und ohne Gifte, nach den neuesten und wissenschaftlich begründeten Spezialmethoden

**BREER'S Spezial-Institut, Düsseldorf,**  
Adersstr. 74 (3 Min. v. Hauptbahnhof), Sprechst. v. 10-14. 4-7, Sonntags v. 10-1 Uhr. **11 jährige Spezial-Praxis am Platze. Diskrete Behandlung.**

**≡ Bei Schwerhörigkeit, Ohrensausen, ≡**



Zucht- und Milchviehmarkt auf dem städtischen Viehhof an der Zollabfertigungsstelle, [undatiert] (Stadtarchiv Neuss)

## Ernährung

Das weitaus größte Problem für die Aufrechterhaltung der Gesundheit der Bevölkerung bleibt in den Nachkriegsjahren in weiten Teilen Deutschlands aber zweifellos die prekäre Versorgungslage. Insbesondere in der deutschen Landwirtschaft hat der Krieg »schlimme Spuren hinterlassen« – dies betrifft die rückläufige Getreideproduktion auch in Folge der Gebietsverluste im Osten, den Viehbestand und den veralterten Maschinenbestand.<sup>92</sup> Weiterhin wird die Ernährung durch Rationierung der wichtigsten Lebensmittel bestimmt. Fleisch, Brot und Kartoffeln geben die Verkaufsstellen nur auf Karten heraus. Auch in Neuss beginnt das Jahr 1920 mit der Zuteilung von Lebensmittelkarten: »Die Neuausgabe der Kartoffelbezugskarten für die Zeit vom 12. Januar bis 14. April beginnt am Donnerstag, den 8. Januar 1920 gemäß heutiger Bekanntmachung.«<sup>93</sup> Angesichts der zum Stillstand gekommenen Mehlfuhr aus dem Osten des Reichs, des Ausbleibens von Mehluweisungen durch die Reichsgetreidestelle und geringer werdender Mehlvorräte bei den Mühlen ordnet die Regierung in Düsseldorf Ende März für den ganzen Regierungsbezirk an, die Wochenration Brot von vier auf drei Pfund Brot pro Person herabzusetzen. Die Neusser Stadtverwaltung bemüht sich, für die ausfallende Brotmenge nach Möglichkeit »durch Ausgabe sonstiger Nährmittel Ersatz und Ausgleich zu schaffen«, mahnt aber zu größter Sparsamkeit beim Mehlverbrauch:

»Die Bürgerschaft wird deshalb dringend gebeten, auch im Verbrauch des Brotes, das leider einstweilen nur noch in geringer Menge zugeteilt werden kann, tunlichst haushälterisch zu wirtschaften, da, was wir indessen nicht hoffen wollen, vielleicht eine noch weitere Verschlechterung der Brotversorgung eintreten könnte.«<sup>94</sup>



Wilhelm Thywissen  
(1850–1929), Kaufmann,  
Stadtverordneter und  
unbesoldeter Beigeordneter  
1886 bis 1904, 1908 bis  
1929, Gemälde (Privat)

Vielleicht war es dem Einsatz des erfahrenen Unternehmers und Beigeordneten Wilhelm Thywissen zu verdanken, dass sich die Meherversorgung nicht noch weiter verschlechterte. Im November 1919 für seine Verdienste um die im Vergleich zu anderen Städten glimpfliche Ernährungslage der Stadt einstimmig zum Ehrenbürger ernannt, überreicht ihm Oberbürgermeister Gielen am 28. Mai 1920 die entsprechende Urkunde, die seine »erfolgreiche und umsichtige Leitung der Lebensmittelversorgung in den letzten fünf Jahren« besonders hervorhebt.<sup>95</sup> Nichtsdestoweniger bleibt die Ernährungslage während des ganzen Jahres 1920 kritisch. So wird die für 1919/20 im Verteilungsnachweis eigentlich vorgesehene Menge rationierter Kartoffeln noch nicht einmal ausgeliefert. Im Juli 1920 muss Thywissen feststellen, dass die Stadt die veranschlagten 65.000 Zentner nicht erhalten habe, sondern nur 54.000 Zentner ausgeliefert worden seien. Der größte Teil, nämlich 32.000 Zentner kam aus dem Landkreis Neuss, dazu 23.000 Zentner aus Geldern, 11.000 aus Kolberg und 9.000 aus Celle, »10.000 Zentner aus dem Kreis Kempen waren von der Besatzung beschlagnahmt und konnten daher nicht geliefert werden.«<sup>96</sup> Im Ergebnis bedeutet dies aber, dass von den geplanten täglich 200 Gramm Kartoffeln pro Einwohner\*in immerhin noch 176 Gramm bereit gestellt werden können.

Im Sommer 1920 sieht die Situation dann schon schlechter aus. Hat die Stadt bei der Reichskartoffelstelle im Mai für die Zeit von Juli bis September 1920 noch 15.055 Zentner Frühkartoffeln, was zirka 300 Gramm pro Einwohner\*in am Tag entspricht, bestellt, so teilt der Sekretär der Rheinlandkommission dem Neusser Oberbürgermeister mit, dass der provisorische Kartoffelverteilungsplan der Kartoffelstelle Köln für die Sommermonate nur noch die Lieferung von 8.055 Zentner aus der Rheinprovinz vorsehe, was nur noch gut der Hälfte, nämlich 160 Gramm pro Einwohner\*in am Tag entspricht. Für die Zeit von September 1920 bis zur Ernte 1921/22 seien sogar nur noch 15.055 Zentner für die Stadt Neuss eingeplant – nur noch 50 Gramm pro Tag. Da dies wohl auch dem Delegierten der Hohen Kommission in Neuss

äußerst gering vorkommt, bittet er die Stadtführung, ihm mitzuteilen, welche Änderungen am Verteilungsplan noch vorzunehmen seien. Oberbürgermeister Gielen setzt sich daraufhin dafür ein, dass die Stadt den für die Winterversorgung ab dem 15. September 1920 eigentlich bei der Reichskartoffelstelle angemeldeten Bedarf von 80.000 Zentner auch erhalte, also zumindest 250 Gramm pro Einwohner\*in am Tag.<sup>97</sup>

Besatzungsbehörden und Stadtverwaltung setzen sich auch auf anderen Gebieten gemeinsam für die Neusser Bevölkerung ein. So gehen sie, wie bereits beschrieben, mit zahlreichen Maßnahmen zusammen gegen die »Preistreiberei« vor, womit gerade den Profiteuren des Mangels im Bereich der Lebensmittelversorgung Einhalt geboten werden soll. Größte Schwierigkeit ist dabei, den Schwarzmarkt mit Mitteln der Verwaltung zu überprüfen. So wird der Oberbürgermeister vom Delegierten der Hohen Kommission in Neuss, Jacques Verreyt, am 2. April 1920 aufgefordert, einen Bericht über die Lebensmittelpreise (»rapport sur les prix des denrées«) einzureichen, bei dem der Höchst-, Niedrigst- und schließlich der daraus errechnete »Mittelpreis« für eine lange Liste an Lebensmitteln »im freien Handel und im Schleichhandel« anzugeben war.<sup>98</sup> Es überrascht kaum, dass die von den städtischen Beamten festgestellten Preise nur geringe Abweichungen zeigen. Dem Problem des kriminellen Schwarzmarkthandels ist auf diese Weise nur schwer beizukommen.



Lebensmittelgeschäft der Witwe August Busch am Markt 15, um 1925 (Stadtarchiv Neuss)

<b>Bruning Wilhelm</b>	<b>Crefeld</b> Mariannerstr. 83	weil er 35 Pakete Butter schmuggeln wollte	<b>4 Tage</b>	<b>250 Fr.</b>
<b>Hoeren Hermann</b>	<b>Crefeld</b> Gladbacherstr. 210	weil er 227 Eier schmuggeln wollte	<b>4 Tage</b>	<b>250 Fr.</b>
<b>Brovers Peter</b>	<b>Crefeld</b> Rossstr. 97	weil er 7 Kilo Butter schmuggeln wollte	<b>4 Tage</b>	<b>250 Fr.</b>
<b>Sohns Heinrich</b>	<b>Crefeld</b> Hülserstr. 260	weil er 60 Eier schmuggeln wollte	<b>4 Tage</b>	<b>250 Fr.</b>

Auszüge aus Listen von Verurteilungen des belgischen Polizeigerichts der 6. Infanterie-Division für Schmuggel von Lebensmitteln über die Zonengrenze, Plakat vom 8. April 1919 (Stadtarchiv Neuss)

Die während des Weltkriegs errichteten Kriegsküchen zur Verpflegung der Bedürftigen werden teilweise auch noch nach Kriegsende fortgeführt. Bis 1920 erfolgt aber langsam der Abbau dieser Einrichtungen. Zuletzt wird im städtischen Schlachthof an der Blücherstraße noch bis Ostern 1920 gekocht. In erster Linie werden »die unterernährten Kinder von der Küche bedacht«. <sup>99</sup> Der Hunger und die katastrophale Ernährungslage in Deutschland halten aber an und so erlebt ganz Deutschland Ende Juni 1920 zahlreiche Hungerunruhen, so etwa in Hamburg und im Neuss unmittelbar benachbarten Krefeld. Dabei kommt es aus Protest gegen die enorme Preissteigerung bei Lebensmitteln auch zur Stürmung von Geschäften und Kaufhäusern.

Die Ernährungslage in Deutschland und anderen vom Krieg betroffenen europäischen Ländern lösen bald aber gerade in den Vereinigten Staaten von Amerika zahlreiche Hilfsaktionen aus. Neben den vom späteren US-Präsidenten Herbert Clark Hoover initiierten »American Relief Organisation Warehouses«, die über ihren Hamburger Stützpunkt Hilfslieferungen mit Lebensmitteln in Europa verteilen <sup>100</sup>, kommt gezielte Unterstützung für unterernährte Kinder in Großstädten von den Hilfsorganisationen der amerikanischen »Society of Friends«, den »Quäkern«. <sup>101</sup>

Die Stadt Neuss knüpft im Oktober 1920 die ersten Kontakte mit den Quäkern in Amerika, worauf eine Kinderhilfsmission der Gesellschaft die Stadt besucht. Sie stellt den Neusserinnen und Neussern in Aussicht, täglich eine Speisung einzurichten, bei der täglich 1.500 Mahlzeiten an Kleinkinder, Schulkinder und schwangere Frauen gereicht würden. Um alle notwendigen Vorarbeiten zu organisieren, bildet die Stadt umgehend einen speziellen Ausschuss mit Vertretern aller Parteien und Bevölkerungsgruppen und richtete beim Wohlfahrtsamt eine eigene Geschäftsstelle ein.



Kinderspeisung in der  
Hospitalkirche an der  
Brückstraße, um 1920  
(Stadtarchiv Neuss)

Als dann am 21. November 1920 die Lebensmittel aus Amerika eintreffen, kann gleich an 19 Stellen die Speisung von 1.500 Kindern beginnen, die vom neuen Fürsorgearzt ausgewählt werden. Es ist die erste Speisung dieser Art im besetzten Rheinland.<sup>102</sup>

Die Herstellung der Gerichte erfolgt in der vorhandenen Zentralküche im städtischen Schlachthof an der Blücherstraße, von wo aus die Speisen dann mit Fuhrwerken zu den Essensausgaben an den Schulen gefahren werden. Im Folgejahr wird die Zahl der Teilnehmer an den Speisungen noch auf 2.400 erhöht, bevor sich die Quäker 1922 dann auf die Not in Russland konzentrieren, »herzlichen Abschied« nehmen und ihre Aufgabe an die Stadt Neuss übertragen:

»Ihr Liebeswerk aber wurde unverändert, wenn auch manchmal durch besondere Verhältnisse, wie Besatzung, Eisenbahnerstreik, Ruhrkampf, außerordentlich erschwert, weitergeführt.«<sup>103</sup>



Städtischer Schlachthof  
an der Blücherstraße,  
Postkarte, um 1910  
(Stadtarchiv Neuss)

Politische Instabilität und wirtschaftliche Ungewissheit einhergehend mit der schwierigen Ernährungssituation sollten die Neusserinnen und Neusser auch in den kommenden Jahren der Zwischenkriegszeit noch begleiten. Gleichwohl erweist sich das Jahr 1920 in gesellschaftspolitischer Hinsicht – abgesehen von einigen Kontinuitäten in den politischen und religiösen Grundeinstellungen – in besonderem Maße als ein Jahr der Transformation und des teils gefährlichen Schwebezustands. Das im belgisch besetzten Neuss wie im übrigen Deutschen Reich vorherrschende Gefühl der tiefen Verunsicherung, das verlorener Krieg und Systemwechsel in Verbindung mit wirtschaftlicher Not, Arbeitslosigkeit und politischer Radikalisierung im Krisenjahr 1920 für viele Menschen auch in den besetzten Gebieten gebracht hatte, wurde durch die Bedrohung durch Naturereignisse wie das Rheinhochwasser noch verstärkt. Ermutigend wirkte zumindest die große bürgerschaftliche Hilfsbereitschaft während des Unglücks, die parteiübergreifende Solidarität in der Zeit des Putsches sowie die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und die institutionelle Etablierung neuer sozialer Fürsorgeleistungen zum Wohle der Schwächsten.

Ungeachtet solch ermutigender Zeichen, dem Inkrafttreten des Friedensschlusses und einer durch die Besetzung gewährleisteten äußeren Stabilität blieb 1920 insgesamt aber ein Jahr »zwischen den Zeiten«. Die Republik war keineswegs etabliert, reaktionäre Denkmuster wirkten ebenso fort wie die prägende Erfahrung von Gewalt und Krieg in der Wahrnehmung und den Traumata der meisten Menschen – der Weg zu einer neuen Zeit des inneren Friedens sowie des Ausgleichs nach Innen und Außen war weit. Die tiefe allgemeine Verunsicherung erzeugte einerseits persönliche Zukunftsängste und politische Polarisierung andererseits aber auch das große, starke Bedürfnis nach Heilung, Aufbau und Wachstum, nach neuen Wegen der Volksbildung, religiöser Besinnung, traditionellem Brauchtum sowie Angeboten in Sport, Kultur und moderner Unterhaltung als Ausgleich in schwerer Zeit.

*Teil 2 des Beitrags »Zwischen den Zeiten« (erscheint im Band Novaesium 2021) beschäftigt sich daher mit den Themenbereichen:*

*– Stadtentwicklung und Infrastruktur – Kinder und Jugend – Schule und Volksbildung – Religiöses Leben – Kultur: Kino, Theater, bildende Kunst und Musik – Sport – Schützenfest.*



Überflutete Neusser Rennbahn beim Rhein-Hochwasser, Januar 1920 (Stadtarchiv Neuss)

#### Anmerkungen:

- 1 Neuß-Grevenbroicher Zeitung vom 2. Januar 1920.
- 2 Stadtarchiv Neuss (StAN), E.08.
- 3 Wolfgang MARTYNEKOWICZ, 1920. *Am Nullpunkt des Sinns*, Berlin 2019, S. 317–321.
- 4 Harry Graf KESSLER, *Das Tagebuch 1880–1937*, Siebter Band (= Veröffentlichungen der Deutschen Schillergesellschaft, Band 50.7), herausgegeben von Roland S. Kamzelak und Ulrich Ott, Stuttgart, S.
- 5 Neuß-Grevenbroicher Zeitung vom 15. Januar 1920.
- 6 Neußer Zeitung vom 15. Januar 1920.
- 7 Neußer Zeitung vom 16. Januar 1920.
- 8 Vgl. den Beitrag »Ein Dammbbruch« in der NGZ vom 16. Januar 1920.
- 9 Joseph LANGE, *Vom Brandhorn zum Funkalarm*. 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Neuss 1881–1981, Neuss 1981, S. 91–94.
- 10 StAN, B.01.01, Nr. (Protokoll vom 16. Januar 1920), S. 514 f.
- 11 *Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924*, S. 117.
- 12 Neußer Zeitung vom 17. Januar 1920.
- 13 StAN, B.01.01, Nr. 67 (Protokoll vom 10. Februar 1920), S. 528 f. Abgelehnt wird hingegen der Antrag der Neusser Ringofenziegelei Heinrich Sels »auf Übernahme eines Teiles der Kosten der Errichtung eines Schutzdammes am Hammfeld. StAN, B.01.01, Nr. (Protokoll vom 3. Februar 1920), S. 527.
- 14 Martin SCHLEMMER, *Die Rheinlandbesetzung (1918–1930)*, <http://www.rheinischegeschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-rheinlandbesetzung-1918-1930/DE-2086/lido/57d133f17e43d1.98845861> (aufgerufen: 17. Oktober 2020).
- 15 Vgl. Jörn LEONHARD, *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018, S. 1222 f.
- 16 Joachim LILLA, *Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete (1919–1930)*, <http://www.rheinischegeschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/der-reichskommissar-fuer-die-besetzten-rheinischen-gebiete-1919%E2%80%931930/DE-2086/lido/57d12bc2396434.58798832> (aufgerufen am 14. November 2020);
- 17 StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 18 »Bericht über die Besatzungszeit in Neuss« von Wilhelm Bathke, 15. August 1934, StAN, B.02.02, Nr. 3302.
- 19 StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 20 Ebd.

- 21 »Bericht über die Besatzungszeit in Neuss« von Wilhelm Bathke, 15. August 1934, StAN, B.02.02, Nr. 3302.
- 22 Vgl. ausführlich den Bericht des Leiters des Besatzungsamtes Anton Reindorf »Geschichtliches aus der Besatzungszeit der Stadt Neuß vom 5. Dezember 1918 bis zum 31. Januar 1926«, StAN, B.02.03, Nr. 3312.
- 23 Schreiben des Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten vom 4. Juni 1920, StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 24 Insgesamt werden in den Besatzungsjahren aber lediglich 414 in Neuss Ansässige zu Strafen in Höhe von 126.308 Franken verurteilt. StAN, B.02.03, Nr. 3312, »Geschichtliches aus der Besatzungszeit«.
- 25 Grundsätzlich zum Themenkomplex vgl. Charlotte VEKEMANS, *De Rijnbezetting door de Belgische troepen. De verhoudingen tussen bezetter en bevolking (1918–1923)*, Leuven 2014, 69 S., Abb.
- 26 Vgl. dazu einführend Ludger GREVELHÖRSTER, *Kleine Geschichte der Weimarer Republik 1918–1933. Ein problemgeschichtlicher Überblick*, Münster 2003, S. 9–55.
- 27 Hans-Ulrich WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Viertes Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949*, München 2003, S. 404.
- 28 ENGELS, *Preußische Zeit*, S. 442 f.
- 29 Ebd., S. 309 und 449.
- 30 LEONHARD, *Der überforderte Frieden*, S. 1224.
- 31 Zur Zusammensetzung und Ausrichtung des Neusser Arbeiter- und Soldatenrats vgl. ENGELS, *Preußische Zeit*, S. 247.
- 32 Arno KLÖNNE, *Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen*, München / Köln 1989, S. 188–192.
- 33 KESSLER, *Tagebuch*, Bd. 7, S. 286.
- 34 Zitiert nach: Eberhard KOLB, *Die Weimarer Republik (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 16)*, München / Wien 1984, S. 37.
- 35 Eberhard KOLB, *Der Frieden von Versailles*, München 2005, S. 91.
- 36 Ebd. Vgl. exemplarisch auch Friedrich STAHL, *Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 als Instrument zur Ausbeutung, Erniedrigung und Schikanierung Deutschlands*, Leipzig 1927.
- 37 Zur Gründung der NSDAP vgl. Martin BROZAT, *Die Machtergreifung, Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik*, München 1994.
- 38 Vgl. Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000, S. 408 f.
- 39 Zur Biographie vgl. Heinz HAGENLÜCKE, Wolfgang Kapp: *Eine biographische Skizze*, in: DERS., *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 108)*. Düsseldorf 1997, S. 109–142.
- 40 LEONHARD, *Der überforderte Frieden*, S. 1225 f.
- 41 Vgl. WINKLER, *Deutsche Geschichte*, S. 409 f. Noskes autobiographische Verteidigung findet sich in Gustav NOSKE, *Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1920.
- 42 KESSLER, *Tagebuch*, Bd. 7, S. 290.
- 43 Vgl. KLÖNNE, *Deutsche Arbeiterbewegung*, S. 202 f.
- 44 KESSLER, *Tagebuch*, Bd. 7, S. 291: »Die Sozialdemokratische Partei hat den Generalstreik erklärt was hoffentlich der Bande die Gurgel zuschnüren wird. Sonst würde die Situation ausserordentlich ernst werden. Ein Bürgerkrieg, fremde Intervention, das Chaos wären, wenn sich diese Leute hielten, kaum zu vermeiden.«
- 45 *Der Freie Sprecher* vom 16. März 1920.
- 46 Ebd.
- 47 *Neuß-Grevenbroicher Zeitung* vom 15. März 1920.
- 48 Zur Radikalisierung der Streikbewegung gegen den Putsch vgl. GREVELHÖRSTER, *Weimarer Republik*, S. 64–67.
- 49 KESSLER, *Tagebuch*, Bd. 7, S. 294.
- 50 WEHLER, *Deutsche Geschichte*, S. 404.
- 51 *Aufruf der »Liste Otto Braun« an die »Wähler und Wählerinnen von Neuß«*, in: *Der Freie Sprecher* vom 15. Mai 1920.
- 52 *Neuß Zeitung* vom 17. Mai 1920 und vom 22. Mai 1920.

- 53 Neuß-Grevenbroicher Zeitung vom 4. Juni 1920.
- 54 KESSLER, Tagebuch, Bd. 7, S. 319.
- 55 Neuß-Grevenbroicher Zeitung vom 8. Juni 1920.
- 56 ENGELS, Preußische Zeit, S. 442, Tabelle 50.
- 57 WINKLER, Deutsche Geschichte, S. 416.
- 58 WEHLER, Deutsche Geschichte, S. 404.
- 59 WINKLER, Deutsche Geschichte, S. 413.
- 60 StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 61 StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 62 Vgl. Geschäftsverteilungsplan im Einwohnerbuch für Neuss und Umgebung 1922/1923.
- 63 Jens METZDORF, Franz Gielen (1867–1947), in: Ders. (Hrsg.), 150 Bürger. Die Bürgergesellschaft zu Neuss 1861–2011, Neuss 2012, S. 124–127
- 64 DERS., Heinrich Hüpper (1886–1965), in: DERS. (Hrsg.), 150 Bürger, S. 193–197, hier: S. 194.
- 65 StAN, B.01.01, Nr. 67 (Protokoll vom 20. Mai 1920), S. 576.
- 66 StAN, B.01.01, Nr. 67 (Protokoll vom 20. Juli 1920), S. 593.
- 67 Erst im Krisenjahr 1923 kam es zu größeren Konflikten. Dabei wurde der Leiter der Gewerbeabteilung und Preisprüfungsstelle in seiner Eigenschaft als Ordnungsdiensthabender Polizeikommissar, Dr. Gottfried Entner, zusammen mit dem Leiter des ersten Polizeibezirks, Kommissar Jung, festgenommen, in Krefeld inhaftiert und anschließend zu 2.000.000 Mark Geldstrafe und anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. den Bericht von Bathke aus dem Jahr 1934, in: StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 68 Ekkehard KLAUSA, Ferdinand Freiherr von Lüninck. Ein nationalkonservativer, rechtskatholischer Widerstandskämpfer gegen Hitler, in: Novaesium 2015, S. 79–94, hier: S. 82.
- 69 Düsseldorf Nachrichten vom 25. August 1920.
- 70 WINKLER, Deutsche Geschichte, S. 408.
- 71 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 234.
- 72 Vgl. GREVELHÖRSTER, Weimarer Republik, S. 69–72.
- 73 Gerald F. FELDMANN, Arbeitskonflikte im Ruhrbergbau 1919–1922. Zur Politik von Zechenverband und Gewerkschaften in der Überschichtenfrage, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2 (1980), S. 178–188.
- 74 WEHLER, Deutsche Geschichte, S. 241 f.
- 75 StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 76 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 93.
- 77 StAN, B.01.01, Nr. 67 (Protokoll vom 13. Juli 1920), S. 589.
- 78 WEHLER, Deutsche Geschichte, S. 237.
- 79 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 168 f.
- 80 Joseph LANGE, Neuss in Mittelalter und Neuzeit, in: Neuss im Wandel der Zeiten. Beiträge zur Stadtgeschichte von Peter Stenmans, Joseph Lange, Nicolaus Bömmels, Karl Kreiner, Helmut Gilliam. hrsg. von der Stadt Neuss, Neuss 1969, S. 313.
- 81 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 168 f.
- 82 StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 83 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 143 f.
- 84 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 132 f.
- 85 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 180.
- 86 Ebd., S. 136 f.
- 87 Vgl. Christian FROMMERT, Das Neusser Lukaskrankenhaus. Geschichte und Gegenwart, Neuss 2005, S. 115.
- 88 Zu grundsätzlichen Fragen der Fürsorge und zur wegweisenden medizinischen Arbeit an der Berliner Charité vgl. Philipp OSTEN, Die Modellanstalt. Über den Aufbau einer »modernen Krüppelfürsorge« 1905–1933, Frankfurt 2004.
- 89 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 141 f.
- 90 Vgl. den Beitrag des Museums für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch »Erster Weltkrieg: Kondome werden Usus«, <https://muvs.org/de/themen/verhuetung/erster-weltkrieg-kondome-werden-usus/>, aufgerufen am 10. September 2020.
- 91 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 143.
- 92 Zur »Landwirtschaft in einer neuen Phase ihrer Strukturkrise« vgl. WEHLER, Deutsche Geschichte, S. 274–283.
- 93 Neuß-Grevenbroicher Zeitung vom 7. Januar 1920.

- 94 Der Freie Sprecher vom 26. März 1920.
- 95 Vgl. Claudia CHEHAB, Die Ehrenbürger der Stadt Neuss (2): Wilhelm Thywissen – Unternehmer und Kommunalpolitiker, in *Novaesium* 2006, S. 73–87, hier: S. 82.
- 96 Urschriftliches Schreiben des Beigeordneten Wilhelm Thywissen, StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 97 Ebd.
- 98 StAN, B.02.03, Nr. 3302.
- 99 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 98.
- 100 Herbert HOOVER, *Memoiren*, Bd. 2: Das Kabinett und die Präsidentschaft 1920–1933, Mainz 1952, S. 22 f.
- 101 Lutz CASPERS, Quäkerspeisung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Gesellschaft zur Förderung vergleichender Staat-Kirche-Forschung e. V. (Hrsg.), *Vorträge, Analysen, Diskussionen*, Berlin 1996, S. 78–82.
- 102 LANGE, *Neuss in Mittelalter und Neuzeit*, S. 301.
- 103 Verwaltungsbericht der Stadt Neuss 1913–1924], S. 137 f.